

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4133 Pratteln
Post CH AG

DIE MEINUNG

Es braucht dringend Korrekturen



Von Christoph Buser,
Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland.

Das Tamtam um die sogenannte Dreidrittelslösung in unserem Kanton war gross: Endlos-Diskussionen im Landrat, Volksabstimmung. Heute stellt man fest: Viel Aufwand, kaum Ertrag, dafür viel Leerlauf und unnötige Kosten. Bis Mitte Woche sind ganze sieben Gesuche um Unterstützung eingegangen. So sieht es aus, wenn an der Realität vorbei politisiert wird. Das ist leider nicht mehr zu ändern.

Ändern kann und muss man hingegen die Bedingungen für die Corona-Unterstützung der Unternehmen. Die Wirtschaftskammer hat sich im Januar sowohl bei der Kantonsregierung wie auch beim Bundesrat dafür eingesetzt, den bewährten Baselbieter Weg beizubehalten. Alle Interessen sorgfältig abwägen und schliesslich verhältnismässig und mit Augenmass entscheiden: So hat die Regierung die KMU-Wirtschaft und damit die Existenz vieler Menschen und Familien gestützt. Dem Bundesrat haben wir explizit mitgeteilt, dass wir uns «für eine Überprüfung der Rahmenbedingungen und der Vereinfachung des Zugangs zur Härtefall-Hilfe aussprechen.» Wobei das Wort «Hilfe» ja im Grunde falsch ist. Es geht um Schadenersatz, der vom Verursacher zu begleichen ist.

Der Bundesratsratsentscheid vom 13. Januar mit den zusätzlichen und teils schwer nachvollziehbaren Einschränkungen sorgt für viel Missmut bei den KMU: Es bedarf hier dringender Korrekturen. Unternehmen, die 2020 oder 2021 gegründet wurden, sind von der Unterstützung ausgeschlossen. Das ist eine unbegründete Schlechterstellung. Die Untergrenze von 40 Tagen als Anspruchsvoraussetzung muss gestrichen werden.

Richtig ist: Wer aufgrund einer behördlichen Anordnung schliessen muss, hat automatisch Anspruch. Die Beschränkung der Entschädigung soll statt auf maximal 20 neu auf 20 bis 30 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes 2018 und 2019 festgelegt werden. Zudem muss Sonderfällen Rechnung getragen werden. Wenn das erlaubte Warenangebot zu klein ist, bleibt der Laden geschlossen. Keine Papeterie öffnet, um nur Papierwaren anzubieten. Solche stark eingeschränkten Betriebe müssen ebenfalls unterstützt werden. Zuletzt bleibt mir der wichtige Hinweis, dass der Schadenersatz für KMU einfach zugänglich sein muss und rasch zu erfolgen hat. Denn wer helfen will, sollte den Empfänger der Hilfe in den Mittelpunkt seines Tuns stellen. Und nichts anderes.

HEUTE IM STANDPUNKT

3 | HAUS DER WIRTSCHAFT Die Wirtschaftskammer ist von Liestal nach Pratteln umgezogen.

5 | STEUERZAHLER Stefan Degen ist neuer Präsident der Liga der Baselbieter Steuerzahler.

CORONAVIRUS – Was lange mit dem «Schweizer Weg» verhindert werden konnte, ist nun seit dem 18. Januar doch Tatsache. Der Bundesrat hat den zweiten Lockdown bis mindestens Ende Februar verfügt.

Der zweite Lockdown ist da

Das Coronavirus beschäftigt die Schweiz auch im Jahr 2021 intensiv. Seit dem 18. Januar gelten wieder Bestimmungen, die einem nationalen Lockdown entsprechen. Detailhandelsgeschäfte und Märkte müssen geschlossen bleiben, mit Ausnahme jener Geschäfte, die Güter des täglichen Bedarfs anbieten.

Dazu gehören auch Kioske und Tankstellen. Diese Betriebe dürfen neu wieder nach 19 Uhr abends und an Sonntagen geöffnet haben. Die Abholung von vorbestellten Waren in geschlossenen Geschäften ist zulässig. Die schon seit 22. Dezember geschlossenen Restaurants, Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen bleiben bis Ende Februar geschlossen.

Härtefall-Verordnung angepasst

Um den wirtschaftlichen Schaden, der durch die Schliessungen entsteht, abfedern zu können, wurde die Bundesverordnung für die Härtefall-Hilfe angepasst. Neu ist, dass Unternehmen, die seit dem 1. November 2020 während mindestens 40 Tagen aufgrund einer behördlichen Anordnung geschlossen haben müssen, automatisch als Härtefall eingestuft werden.

Die Obergrenzen der Beiträge wurden ebenso angepasst. A-fonds-perdu-Beträge werden bis zu 20 Prozent des Umsatzes gewährt (bisher 10 Prozent), der maximal auszahlbare Betrag liegt bei 750 000 Franken (bisher 500 000). Den Gewerbeorganisationen gehen diese Rahmenbedingungen zu wenig weit (vgl. Kolonne links).

Baselbiet ist operativ bereit

Im Kanton Basel-Landschaft werden die Rahmenbedingungen der Bundesverordnung zur Härtefall-Hilfe automatisch übernommen, wie Regierungsrat **Anton Lauber** bestätigt. Erleichterte Gesuche für Härtefall-Unterstützung können ab dem heutigen 22. Januar 2021 online über

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus

Ab 18. Januar gilt neu schweizweit:



Geschlossen: Läden mit Waren des nicht-täglichen Bedarfs
Bisherige Beschränkung der Öffnungszeiten aufgehoben (täglich Bedarf)



Schutz besonders gefährdeter Personen
Recht auf Homeoffice, gleichwertigen Schutz oder Beurlaubung



Private Treffen mit maximal 5 Personen
Empfehlung: aus maximal 2 Haushalten



Homeoffice-Pflicht
Wo möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar



Treffen im öffentlichen Raum mit maximal 5 Personen



Maskenpflicht am Arbeitsplatz
Wenn mehr als eine Person im Raum

www.haertefallregelung-bl.ch eingereicht werden. «Die neuen Rahmenbedingungen sind eine enorme Vereinfachung in der Gesuchsstellung und -abwicklung», sagte Lauber anlässlich der Landratssitzung vom 14. Januar 2021.

Damit der Kanton Basel-Landschaft von den zusätzlichen Bundesmitteln profitieren kann, hat der Regierungsrat am Dienstag eine Vorlage an den Landrat präsentiert, mit welcher er eine Aufstockung des Baselbieter Härtefall-Programms von 31 auf 77,5 Millionen Franken beantragt. Schon an der Sitzung vom 28. Januar 2021 soll die Vorlage nach der Diskussion in der Finanzkommission im Landrat beraten und verabschiedet werden.

Bis Mitte Januar waren im Baselbiet rund 70 Unterstützungsgesuche nach bisheriger Regelung eingegangen. Es wurden Anträge über 5,8 Millionen Franken für nicht rück-

zahlbare A-fonds-perdu-Beiträge und über 12,6 Millionen Franken für verbürgte Kredite gestellt. Die bereits eingegangenen Anträge werden nun nach den neuen, gelockerten Regelungen geprüft.

Die ersten Unterstützungsleistungen werden durch den Kanton Basel-Landschaft ab 4. Februar 2021 ausbezahlt, unmittelbar nach Ablauf der Referendumsfrist zum Landratsbeschluss über das Härtefall-Programm vom 3. Dezember 2020.

Homeoffice-Pflicht

Homeoffice wird zur Pflicht erhoben, wenn es mit «verhältnismässigem Aufwand» umsetzbar ist. Wer vor Ort am Arbeitsplatz mit anderen Personen präsent ist, wird einer Maskenpflicht unterstellt. Diese neue Bestimmung auf Bundesebene galt für Innenräume im Kanton Basel-Landschaft ohnehin schon. Seit dem 18. Januar sind zudem private

und öffentliche Treffen auf fünf Personen beschränkt.

Zusätzliche Impftermine

Seit dem 12. Januar ist mit dem Vakzin von Moderna ein weiterer Impfstoff gegen die Coronavirus-Erkrankung zugelassen. Dies ermöglichte dem Kanton Basel-Landschaft in einer ersten Phase die Bereitstellung von 3000 zusätzlichen Impfterminen für den Zeitraum vom 18. Januar bis 5. Februar. Neben der Personengruppe der über 75-Jährigen wurden neu Erwachsene mit chronischen Krankheiten mit höchstem Risiko auf der Basis eines ärztlichen Attests zugelassen. Bis zum 18. Januar sind im Kanton Basel-Landschaft 5564 Impfungen vorgenommen worden. Ab nächstem Montag ist neu eine Vorregistrierung für Impftermine möglich. *Daniel Schaub*

www.coronavirus.kmu.org

STEPHANIE EYMANN – In zwei Wochen tritt Stephanie Eymann ihr Amt als neue basel-städtische Justiz- und Sicherheitsdirektorin an. Vor ihrer Wahl verbrachte sie privat und beruflich zwei Jahrzehnte im Baselbiet.

«Ich verbiege mich nicht»

Die 41-jährige **Stephanie Eymann** wurde im vergangenen November im zweiten Wahlgang deutlich in die neue Regierung des Kantons Basel-Stadt gewählt. Obwohl sie im Wahlkampf den Fokus auf das Regierungspräsidium gelegt hatte, wird sie nun als Justiz- und Sicherheitsdirektorin in ihrem Kerngebiet tätig sein. 2012 hatte sie ihr Anwalts-examen im Kanton Basel-Landschaft abgeschlossen, arbeitete danach als



Stephanie Eymann.

Bild: ph

Staatsanwältin im Baselbiet und leitete zuletzt die Verkehrsabteilung der Polizei Basel-Landschaft.

Auch politisch war Stephanie Eymann im Baselbiet tätig, als Gemeinderätin im Oberbaselbieter 500-Seelen-Dorf Eptingen oder als Parteileitungsmitglied der FDP. Aus privaten Gründen kehrte sie im Sommer 2019 ins Kleinbasel zurück und wollte sich zunächst als Grossrätin für die LDP aufstellen lassen. Die

Partei lancierte sie in der Folge als Regierungsratskandidatin.

Im Interview mit dem Standpunkt spricht sie über ihre Zeit im Baselbiet, ihre Authentizität, ihren Führungsstil, die neue Zusammensetzung der Basler Regierung, die öffentliche Wahrnehmung des Justiz- und Sicherheitsdepartements und die Zusammenarbeit zwischen den Basler Halbkantonen. *Daniel Schaub*

Man fährt wieder mehr Velo



Marco Balmer,
Betriebsleiter
Radcenter Furler GmbH
in Bubendorf.

Die Radcenter Furler GmbH in Bubendorf besteht seit 20 Jahren. Das von **Max Furler** gegründete Fachgeschäft hat sich einen exzellenten Namen als Dienstleister rund um Zweiräder geschaffen. Im Auftrag der Inhabersfamilie liegt die Betriebsführung mittlerweile in den Händen von **Marco Balmer**. Er wird von vier weiteren Mitarbeitenden unterstützt. Das Radcenter durchlebt nun zum zweiten Mal einen Lockdown.

Wie im Frühling 2020 bleibt die Werkstatt offen, und Reparaturen aller Art dürfen ausgeführt werden. «In solchen Fällen bieten wir einen Gratis-Hol- und Bringservice an», sagt Marco Balmer. Der Verkaufsladen hingegen bleibt vorerst bis Ende Februar geschlossen. Velos oder andere Artikel können telefonisch, per Mail oder per Whatsapp bestellt und beim Radcenter abgeholt werden. Eine Beratung vor Ort ist aber coronabedingt verboten.

Zweiräder wurden hervorgeholt

Die Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben gemäss Marco Balmer im vergangenen Jahr «ein Stück weit zu einem Veloboom geführt». So wurden Zweiräder, welche lange Zeit im Keller standen, hervorgeholt und beim Radcenter zur Überholung vorbeibracht, damit sie wieder voll einsatzfähig waren. Dank dieses Effektes konnte ein zusätzlicher Umsatz generiert werden.

Insgesamt schätzt Marco Balmer die letztjährigen Zahlen zufriedenstellend ein. Ein Einbruch gegenüber 2019 habe zum Glück nicht stattgefunden. *Marcel W. Buess*

Das Wintergeschäft findet nicht statt



Angelo Corti,
Inhaber
INTERSPORT Corti
in Zwingen.

Seit Jahren erlebt die Region wieder einmal einen «richtigen» Winter. Mit dem am 22. Dezember ausgerufenen Lockdown wurden Sportgeschäfte besonders hart getroffen. So auch die Firma **INTERSPORT Corti** in Zwingen. «Das Wintergeschäft findet für uns praktisch nicht statt», sagt Firmeninhaber **Angelo Corti**. Der Service von Winterausrüstungen darf zwar vorgenommen werden. Doch der Verkaufsladen ist geschlossen. Beratungen dürfen nur telefonisch erfolgen. Die so bestellte Ware kann im Geschäft abgeholt werden. «Doch wer kauft schon Wintertextilien, wenn er sie vorher nicht anschauen und anprobieren konnte?», fragt Corti. Das Fachgeschäft bietet auch Fitnessgeräte an. Diese werden – wieder nach telefonischer Beratung und Bestellung – an die Kunden direkt ausgeliefert.

Können uns weitere Lockdowns nicht leisten

Beim letztjährigen Lockdown konnte mit dem Vermieter der Geschäftsliegenschaft eine tragbare Lösung gefunden werden, wofür Corti sehr dankbar ist. Im aktuellen Lockdown steht die Antwort des Vermieters noch aus. «Mittlerweile ist es schon sehr schwierig, über die Runden zu kommen. Weitere Lockdowns können wir uns schlicht nicht mehr leisten», sagt Corti. Im letzten Jahr habe man zuerst die Reserven aufgebracht und schliesslich musste auch der aufgenommene Covid-19-Kredit beansprucht werden. Im Vergleich mit 2019 verzeichnet Corti im letzten Jahr einen Umsatzrückgang von 30 Prozent. *Marcel W. Buess*

FITNESS-STUDIO «BODY & SOUL GMBH» – Das Fitness-Studio «Body & Soul» in Gelterkinden kämpft sich durch die Coronakrise, dank Mieterlass, Kurzarbeit, Soforthilfe und bald auch der Härtefallregelung.

Vermieter erlässt halbe Miete



Agnieszka Waller, Geschäftsführerin «Fitness-Studio Body & Soul GmbH», trainiert im wegen des Lockdowns leeren Studio.

Bilder: mwb

Innert eines Jahres musste das Gelterkinden Fitness-Studio «Body & Soul GmbH» wegen der Corona-Pandemie nun zum zweiten Mal seine Tore schliessen. Dieser behördlich angeordnete Zustand dauert sicher bis zum 28. Februar.

Das von **Agnieszka Waller** geführte Fitness-Studio ist völlig eigenständig, gehört also keiner schweizweit tätigen Kette an. Das heisst: Das wirtschaftliche Risiko liegt voll und ganz bei der Firmeninhaberin, der Familie Waller. Zwei Mitarbeiterinnen stehen

in Brot und Lohn. Seit dem ersten Lockdown im Frühling 2020 ist der Betrieb auf Kurzarbeit gesetzt. In der aktuellen Situation kommt dies wieder vollumfänglich zum Tragen.

Grosszügiges Entgegenkommen

Dank der Soforthilfe im vergangenen Jahr, mit den Kurzarbeits-Entschädigungen und dank einer 50-prozentigen Mietreduktion während der Lockdown-Phasen konnte der Betrieb die schwierige Zeit bislang überbrücken. Sofern möglich, wird man nun auch

die neue Härtefallregelung nutzen. Agnieszka Waller ist es ein grosses Anliegen, das grosszügige Entgegenkommen des Vermieters der Studiöräume zu erwähnen: «Das ist überhaupt nicht selbstverständlich. Wir sind unserem Vermieter sehr dankbar für diese Unterstützung.»

In normalen Zeiten wird das Fitness-Studio von rund 200 Kundinnen und Kunden frequentiert. Im Zuge der Coronapandemie wurden Abonnements nicht mehr erneuert. Vor allem ältere Gäste nutzten nach

dem ersten Lockdown die Angebote sehr zurückhaltend. Und seit dem Ausbruch der zweiten Welle im vergangenen Herbst fand ein massiver Einbruch statt. «Viele unserer Kunden haben verständlicherweise Angst vor einer Ansteckung, obwohl wir ein sehr strenges Schutzkonzept praktizieren», sagt Agnieszka Waller. Gesundheit und Wohlbefinden sowie individuelle Trainingsprogramme stehen bei den vielfältigen Angeboten des Fitness-Studios stets im Vordergrund. *Marcel W. Buess*

SWISS MEGA PARK – Verzicht auf Covid-19-Kredit trotz einem Umsatzrückgang von 90 Prozent.

Private Mittel eingeschossen



Tibor Somlo,
Inhaber und CEO
Swiss Mega
Park AG
in Frenkendorf.

Der Swiss Mega Park in Frenkendorf bietet Kindern und Jugendlichen ein vielfältiges Freizeit- und Sportangebot. Im Funpark stehen Riesentrampoline, ein Kletterpark und verschiedene Kinderspielstrukturen zur Verfügung. Im Sportpark kann Fussball, Bubble Soccer, Badminton, Squash oder Minigolf gespielt werden.

«Die jungen Gäste müssen sich körperlich betätigen können. Sie sollen sich nicht nur mit dem Handy oder dem Tablet beschäftigen», sagt **Tibor Somlo**, Inhaber und CEO der Swiss Mega Park AG. «Der Park ist eine Herzensangelegenheit für mich», sagt er. Seit dem ersten Lockdown gilt auch in seinem Betrieb Kurzarbeit. Betroffen sind rund 20 Mitarbeitende – ausgenommen die zwei kaufmännischen Lernenden. Zwischen den beiden Schliessungsphasen verzeichnete der Park noch eine 10-prozentige Auslastung. Die Ange-

bote wurden nur noch von Schulen und Vereinen genutzt. Bei der Privatkundschaft sei aus Angst vor dem Coronavirus verständlicherweise eine grosse Zurückhaltung zu spüren.

Im Vergleich zum Vorjahr ging der Umsatz 2020 um rund 90 Prozent zurück. Als Vollblut-Unternehmer hat Tibor Somlo bewusst auf einen Covid-19-Kredit verzichtet. Zur Deckung der laufenden Kosten musste er private Mittel in die AG einschliessen. «Ich wollte mich weder beim Staat noch bei anderen Dritten verschulden», sagt Somlo.

Flexibler bei der Tilgung

Mit einem Privatkredit bewahre er sich die Unabhängigkeit und sei bei der Tilgung viel flexibler: «Der Swiss Mega Park ist mein Hobby, darum bin ich auch bereit, zu investieren und schwierige Zeiten privat zu überbrücken.» Tibor Somlo ist Hals-, Nasen-, Ohrenarzt in Liestal und medizinischer Leiter der Ergolz-Klinik. Als Mediziner weiss er, dass die Pandemie noch einige Zeit andauern wird. Sobald sich die Zeiten wieder einigermaßen normalisieren, werde gerade im Freizeit- und Sportbereich ein grosser Nachholbedarf bestehen. Deshalb freut er sich schon jetzt, den Swiss Mega Park wieder hochfahren zu können. *Marcel W. Buess*

LANDGASTHOF «HIRSCHEN» – Wegen treuer Stammkundschaft: Der Umsatzrückgang hält sich in Grenzen.

Bisher nur blaues Auge geholt



Dino Mengisen,
Inhaber und
Küchenchef
Langasthof
«Hirschen»
in Diegten.

Dank einer ausgesprochen treuen Stammkundschaft übersteht der Landgasthof «Hirschen» in Diegten die Coronapandemie bislang mit einem blauen Auge. Im Vergleich mit 2019 schätzt Inhaber und Küchenchef **Dino Mengisen** den Umsatzrückgang im letzten Jahr auf knapp 20 Prozent. Damit dürfte der Oberbaselbieter Traditionsbetrieb in der ansonsten arg gebeutelten Gastronomiebranche zu den wenigen Ausnahmeerscheinungen gehören.

Die Botschaft von Mengisen ist klar: «Wir sind Unternehmer und müssen uns auch so verhalten. Nur Jammern bringt nichts.» Natürlich sind die sechs Mitarbeitenden während des Lockdowns auf Kurzarbeit gesetzt. Und der Covid-19-Kredit wurde vorsorglich in Anspruch genommen. «Doch bislang zum Glück nicht benutzt», sagt Mengisen. Be-

reits im ersten Lockdown vor knapp einem Jahr bot der innovative «Hirschen»-Besitzer Take Away an und machte sehr gute Erfahrungen damit. An Silvester gingen hundert Silvestermenüs über die «Hirschen»-Theke. Am 15. Januar startete das neue Take-away-Angebot, das jeweils von Montag bis Freitag zwischen 17 und 19 Uhr und am Samstag von 12 bis 18 Uhr bezogen werden kann.

Hilfe für zukunftsfähige Betriebe

Dino Mengisen ist zuversichtlich, dass sein Betrieb auch diesen zweiten Lockdown einigermaßen bewältigen kann. Dies nicht zuletzt «dank einer wirklich sehr treuen Stammkundschaft», wie er betont. Als Besitzer der Geschäftsliegenschaft sei er sicher in einer privilegierten Lage als viele andere Gastronomen. Doch andere Kosten fallen trotz Lockdown an und müssten bezahlt werden. Deshalb könne die behördlich verordnete Schliessung nicht beliebig lange dauern. Der Branche müsse geholfen werden. Doch Mengisen erwartet, dass diese Hilfe nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip erfolgt, sondern dass in erster Linie gesunde und grundsätzlich zukunfts-fähige Betriebe gezielt unterstützt werden. *Marcel W. Buess*

UMGEZOGEN – Die Wirtschaftskammer hat ihre Räume im neuen Haus der Wirtschaft in Pratteln bezogen. Seit dem vergangenen 4. Januar arbeiten die Mitarbeitenden der Wirtschaftskammer und vieler weiterer Organisationen unter einem Dach an der Hardstrasse 1. Im neuen Gebäude wird auch ein Tagungs- und Eventcenter mit der neuesten technischen Infrastruktur eingerichtet.

Haus der Wirtschaft steht nun in Pratteln



Das neue Haus der Wirtschaft in Pratteln ist verkehrstechnisch ideal gelegen in der Nähe von Bahnhof und Autobahn.

Bild: K. Wandji

Vor den vergangenen Weihnachtstagen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftskammer Baselland im Haus der Wirtschaft und an zwei weiteren Standorten in Liestal ihre Computer und anderen Arbeitsmittel in Zügelkisten gepackt.

Seit dem 4. Januar dieses Jahres sitzen sie nun an ihren neuen Arbeitsplätzen im neu errichteten Haus der Wirtschaft an der Hardstrasse 1 in Pratteln.

Verkehrstechnisch ideal gelegen

In dem verkehrstechnisch ideal zwischen der Autobahn und dem Bahnhof gelegenen Bau mit fünf Obergeschossen belegt die Wirtschaftskammer Baselland die obersten zwei Stockwerke. Von dort schweift der Blick über das emsige Treiben in der

Prattler Gewerbe- und Industriezone. Das Areal und das Gebäude gehören der Bricks AG. Die Wirtschaftskammer hat sich eingemietet.

Tagungs- und Eventcenter

Sie wird auch das im gleichen Gebäude untergebrachte Tagungs- und Eventcenter mit zwölf Veranstaltungsräumen und einem Auditorium bewirtschaften. Die Räume an der Altmarktstrasse in Liestal waren der Wirtschaftskammer seit einiger Zeit zu klein geworden. Nun sind die 80 Mitarbeitenden an der Hardstrasse 1 in Pratteln unter einem Dach vereint.

Noch sind nicht alle Installationsarbeiten abgeschlossen. Sobald das Gebäude komplett eingerichtet ist, wird der Standpunkt der Wirtschaft ausführlich über das neue Haus der Wirtschaft berichten. *Reto Anklin*

DIE GESCHICHTE DES HAUSES DER WIRTSCHAFT

Als am 11. September 1887 im Restaurant «Schlüssel» in Liestal der Kantonale Gewerbeverein gegründet wurde, da war die noch junge Institution relativ weit weg von einer professionellen Geschäftsstelle. Erst 1908 wurde ein halbamtliches Sekretariat geschaffen, das 1920 zu einer Vollstelle ausgebaut wurde.

Bewegung in die Sache kam mit dem Engagement von **Hans-Rudolf Gysin** als Sekretär des Gewerbeverbandes am 1. November 1968. Damals richtete sich Gysin in einem Büro der Druckerei Hochuli AG in Muttensz, dem Domizil des damaligen Ehrenpräsidenten, ein und machte sich daran, den Verband nach und nach zu entwickeln. 1983 kaufte der Gewerbeverband eine

Liegenschaft an der Altmarktstrasse 96 in Liestal und baute diese innerhalb von zwei Jahren zum ersten «Haus des Gewerbes» aus.

Schon etwas mehr als ein Jahrzehnt später waren die Platzverhältnisse in Liestal aufgrund des rasanten Wachstums schon zu eng geworden. Der Giebenacher Architekt **Samuel Hug** konzipierte einen Aus- und Neubau der bestehenden Liegenschaft mit vier neuen Sitzungszimmern in verschiedenen Grössen, einem grosszügigen Empfangsbereich und einer Cafeteria sowie zusätzlichen Büroräumlichkeiten.

Am 26. Juni 1996 empfingen Gysin und der damalige Gewerbeverbandspräsident **Peter Tschudin** (Sissach), der gleichzeitig Präsident der eingesetzten

Baukommission war, eine grosse Gästeschar zur offiziellen Eröffnung und enthielten auch die Tafel mit der neuen Anschrift «Haus der Wirtschaft». Regierungsrat Eduard Belser lobte die Initianten für den «Mut und die Zuversicht», um in diesem Neubau «in eine bessere Zukunft» gehen zu können. Im selben Jahr hatte die Wirtschaftsregion mit der Fusion von Sandoz und Ciba Geigy zur Novartis einen markanten Meilenstein erlebt.

Nach 35 Jahren am Altmarkt endet nun diese Ära – das neue Haus der Wirtschaft an der Hardstrasse 1 in Pratteln führt die in ihr tätigen Institutionen in den nächsten Abschnitt einer modernen Meeting-, Erlebnis- und Innovationslandschaft. *(ds)*

FRONT DESK – Im Parterre an der Hardstrasse 1 in Pratteln werden die Besucherinnen und Besucher des Hauses der Wirtschaft am Frontdesk von Mitarbeitenden der Wirtschaftskammer Baselland empfangen.

Willkommen im neuen Haus der Wirtschaft

Wer das neue Haus der Wirtschaft an der Hardstrasse 1 in Pratteln besucht, wird im Erdgeschoss von **Andrea Sunseri**, **Luana Martin** und **Claudine Tschopp** empfangen. Unterstützt werden sie von den Lernenden **Nico Gulielmi** und, während einhalb Tagen pro Woche, **Yanis Di Vincenzo**. Das Team empfängt die Besucherinnen und Besucher am Front Desk unter Einhaltung der Coronamassnahmen und bedient auch die Telefonzentrale.

Die neue Umgebung gefällt

Den Mitarbeitenden des Front Desks gefällt ihr Arbeitsplatz. «Das neue Haus der Wirtschaft schafft eine tolle Atmosphäre zum Arbeiten», sagt Andrea Sunseri. Und Luana Martin fügt hinzu: «Wir freuen uns, die Leute, die uns schon im alten Haus der Wirtschaft in Liestal besucht hatten, in der neuen Umgebung hier in Pratteln wiederzusehen.» Wegen Corona sei die Zahl der Besuchenden derzeit nicht so hoch.

Bald werden die Mitarbeitenden am Empfang auch vielen neuen Gesichtern begegnen. Dann nämlich, wenn das Tagungs- und Eventcenter seinen Betrieb aufnimmt und noch weitere Mieter an der Hardstrasse 1 einziehen. *Reto Anklin*

NEUE ADRESSE

Die Wirtschaftskammer ist neu unter folgender Adresse erreichbar, die Telefonnummern bleiben gleich:
Wirtschaftskammer Baselland
Haus der Wirtschaft
Hardstrasse 1
4133 Pratteln
Telefon: 061 927 64 64



Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser mit den Empfangsmitarbeiterinnen Andrea Sunseri (links) und Luana Martin am Front Desk. Die Empfangstheke besteht aus einem massiven Kalkstein, der aus einem Laufentaler Steinbruch stammt.

Bild: Herr

NEUE LERNENDE – Anisa Morina und Kilian Thürkauf haben im vergangenen Herbst ihre KV-Lehren im Haus der Wirtschaft begonnen. Im Interview mit dem Standpunkt der Wirtschaft sprechen sie darüber, wie es ihnen vier Monate nach Lehrbeginn geht.

Lernende im Haus der Wirtschaft

In den kommenden drei Jahren begleitet der Standpunkt die beiden Lernenden Anisa Morina und Kilian Thürkauf und spricht regelmässig mit ihnen über ihre Erfahrungen.

Standpunkt: Guten Tag euch beiden. Wir haben zuletzt im September gesprochen. Damals wart ihr knapp einen Monat in der Lehre und alles war neu. Wie fühlt ihr euch vier Monate später?

Anisa Morina: Es kommt mir mittlerweile so vor, als wäre ich schon «ewig» hier. Das ist jedenfalls ein gutes Zeichen, ich fühle mich mega wohl. Auch in der Schule läuft es gut. Es ist anspruchsvoll, aber das gefällt mir.

Kilian Thürkauf: Es braucht ein paar Wochen, bis man sich eingelebt hat. Aber wie Anisa gesagt hat, mittlerweile hat man das Gefühl, man sei schon ewig hier. Dieses Gefühl kommt recht schnell. Die Schule läuft gut, ich bin zufrieden mit meinen Leistungen.

Wo seid ihr jetzt gerade tätig?

Kilian: Ich bin mit Verlängerungen für Familienzulagen beschäftigt und mache Adressmutationen. Ich tue das selbstständig, unter Aufsicht der Praxisbildnerin natürlich.

Anisa: Mir geht es genau gleich, ich arbeite auch sehr selbstständig, aber unter Aufsicht. Ich bin im Datenmanagement zurzeit damit beschäftigt, Doubletten zu bereinigen. Eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, denn man muss genau hinschauen.

Euer erstes Fazit von der Schule und vom Arbeitsalltag war sehr positiv. Wie erlebt ihr das heute?

Anisa: Es hat sich nichts verändert.



Anisa Morina und Kilian Thürkauf gefällt das neue Haus der Wirtschaft. Für das Foto haben sie kurz die Maske abgenommen. Bild: Herr

Kilian: Es ist alles positiv. Wir haben mehr Sicherheit, es ist nicht mehr alles neu. Das vereinfacht den Alltag. **Anisa:** Diese Sicherheit fühlt sich gut an, sie erleichtert das selbstständige Arbeiten.

Ihr habt eure Ausbildung mitten in der Coronakrise begonnen. Wie erlebt ihr diese spezielle Zeit?

Anisa: Nach dem letzten Gespräch kam die Maskenpflicht, daran musste man sich gewöhnen. Wir hatten ja alle gehofft, dass diese Pandemie schneller vorbei ist.

Kilian: Ich habe mich an die Maske gewöhnt, wir sind froh, wenn alles vorbei ist. Wir kommen aber gut durch den Alltag.

Anisa: Das sehe ich auch so.

Welches sind zurzeit eure grössten Herausforderungen?

Kilian: Alles unter einen Hut zu bringen. Den Arbeitsalltag, die Prüfungen, alles koordinieren und einen Plan zu haben.

Anisa: Richtig. Und nicht alles auf den letzten Moment zu verschieben.

Wir alle sind seit dem 4. Januar nicht mehr am Altmarkt in Liestal, sondern im Haus der Wirtschaft an der Hardstrasse 1 in Pratteln daheim. Wie gefällt es euch in den neuen Büros?

Kilian: Es ist hier modern und toll eingerichtet. Wir haben hier einen hohen Standard.

Anisa: Es ist ein grosser Unterschied zu vorher. Wir haben viel mehr Platz, es ist offen, mir gefällt es.

Kilian: Der Standort ist zudem sehr zentral und verkehrsmässig toll erschlossen.

Wie seid ihr bis jetzt zufrieden mit der Wahl eurer Lehre?

Anisa: Gut, ich bin zufrieden, es ist das Richtige für mich. Spätestens jetzt hätte man es ja merken müssen, wenn es die falsche Wahl gewesen wäre. Diese Meinung werde ich nicht mehr ändern.

Kilian: Für mich war es von Anfang an klar, dass nach meiner Bürolehre die KV-Lehre der richtige Entscheid ist. Das hat sich bestätigt.

Wir werden uns Ende April wieder sprechen. Was passiert bis dahin alles?

Kilian: Wir werden bis dann die erste Bewertung für die ALS – Arbeits- und Lernsituation – erhalten haben.

Anisa: Das «Betriebsfenster» sollte in diesem Zeitraum stattfinden, aber man weiss aufgrund der Corona-situation nicht, ob das der Fall sein wird.

Kilian: Ansonsten geht der Alltag weiter. Ferien gibt es dann an Ostern. Ich werde sehen, was spontan möglich sein wird.

Anisa: Ich würde in den Ferien gerne in den Kosovo gehen, mal schauen ob es klappt.

Danke euch beiden für das Gespräch, wir sehen uns im Frühling wieder. Interview: Patrick Herr

ZU DEN PERSONEN

Anisa Morina ist 16 Jahre alt. Sie ist in Balsthal daheim und hat 2020 eine KV-Lehre B-Profil begonnen. Zurzeit arbeitet Sie im Datenmanagement der Wirtschaftskammer Baselland.

Kilian Thürkauf ist 19 Jahre alt. Er ist in Basel daheim und absolvierte bereits eine zweijährige Lehre zum Büroassistenten. Er hat 2020 eine KV-Lehre B-Profil begonnen. Zurzeit arbeitet er bei der Familienausgleichskasse GEFAK. (dl)

NEWS AUS DEM LANDRAT

An der Sitzung vom vergangenen 14. Januar hat der Baselpbieter Landrat folgende KMU-relevanten Geschäfte behandelt:

1. Vorlage: Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG); Anpassung an das geänderte europäische Datenschutzrecht (Beschluss) [Traktandum Nr. 6]

Mit 84:1 Stimmen hat der Landrat der Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes zugestimmt. Der Landratsbeschluss sieht vor, dass die Motion 2015/418 «Verrechnungsmöglichkeit Datenschutz» nicht abgeschrieben, sondern stehen gelassen wird, dies als Folge der Diskussionen rund um die Gebührenfrage.

2. Vorlage: Revision des Polizeigesetzes [Nr. 7]

Die erste Lesung wurde beendet. Im Plenum diskutiert wurden unter anderem die Wegweisungsbestimmungen bei «Stalking», der Schutz vor Schaulustigen bei Ereignissen und der Einsatzzweck der Körperkameras. Die Lesung wird an der nächsten Landratssitzung fortgeführt.

3. Vorlage: Ausgabenbewilligung Bau Mischwasserbecken in Grellingen [Nr. 9]

Der Vorlage zum Bau des Mischwasserbeckens wurde uneingeschränkt zugestimmt. Die Mitglieder des Landrats stimmten mit 72:0 Stimmen für die Ausgabenbewilligung im Umfang von 2,4 Mio. Franken. Der Beschluss untersteht der fakultativen Volksabstimmung.

4. Vorlage: Eingeschränktes Wohnen in Gewerbe- und Industriebauten muss möglich sein [Nr. 38]

Bereits seit mehreren Jahren ist dieses Anliegen wichtig. Es geht dabei um die Bewilligungspraxis von sogenannten «betriebsnotwendigen» Wohnungen. Die Motionärin sieht den behördlichen Ermessensspielraum bei solchen Bewilligungen nicht ausreichend genutzt und fordert, dass die gesetzlichen Grundlagen klarer ausformuliert werden. Die Wirtschaftskammer unterstützt das Anliegen ausdrücklich. Die Regierung beantragt die Entgegennahme als Postulat. Die Vorlage wurde noch nicht im Landrat behandelt.

Der Landrat trifft sich wieder am kommenden 28. Januar. bk/ra

PAROLEN WIRTSCHAFTSRAT

Der Wirtschaftsrat sagt vier Mal Ja

Der Wirtschaftsrat, das Parlament der Wirtschaftskammer Baselland, hat die Parolen für die kantonalen und nationalen Abstimmungen vom kommenden 7. März gefasst. Er ist dabei den Anträgen des Zentralvorstands gefolgt. Wegen Corona erfolgte die Parolenfassung auf schriftlichem Weg.

Ja zu EID und Indonesien-Abkommen

Bei den eidgenössischen Vorlagen sagt der Wirtschaftsrat Ja zum Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz, BGEID). Auch für den Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des «Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien» hat der Wirtschaftsrat die Ja-Parole beschlossen.

Für die Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot» hat der Wirtschaftsrat beschlossen, keine Parole zu fassen.

Ja zu GSA und AMAG

Auf kantonaler Ebene sagt der Wirtschaftsrat Ja zur Revision des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und zur Revision des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes (AMAG, siehe Seite 6). Der Regierungsrat hat die Gesetzesrevisionen angestossen, um dem Kanton mehr Handlungsspielraum und finanzielle Steuerungskompetenz bei der Arbeitsmarktaufsicht und in der Ausgestaltung von Leistungsvereinbarungen mit Drittorganisationen zu eröffnen. Die vorliegenden Revisionen erfüllen die Forderungen der Wirtschaft. Die Vergabe der Kontrolle an die Sozialpartner bleibt gesetzlich verankert. Auch die Finanzierung bleibt im bisherigen Rahmen. Nicht zuletzt bleiben die Kontrollen für das Baugewerbe gesetzlich verankert.

Keine Parole gefasst hat der Wirtschaftsrat zur Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» vom 29. August 2019. Reto Anklin

INTERPELLATION – FDP-Landrat Rolf Blatter will vom Regierungsrat wissen, welche Auswirkungen der in Basel-Stadt geplante Test für Mobility Pricing auf den Kanton Basel-Landschaft haben wird.

«Die negativen Effekte müsste das Umland tragen»

Im vergangenen Dezember hat FDP-Landrat **Rolf Blatter** im Landrat eine Interpellation zu «Mobility Pricing und dessen Auswirkungen auf das Baselbiet» eingereicht. Wie sich herausstellt, genau zum richtigen Zeitpunkt. Am vergangenen 12. Januar verkündete der Kanton Basel-Stadt, sich bereits beim Bund für einen Pilotversuch von Mobility Pricing beworben zu haben. Doch nicht nur das, auch eine City-Maut ist beim Nachbarkanton im Gespräch.

Bund sucht neues Abgabeprinzip

Da die Mobilität in der Schweiz stetig wächst und sich verändert, sucht der Bund nach einem Abgabeprinzip, das den neuen Gegebenheiten entspricht. Da immer mehr Elektrofahrzeuge auf den Strassen unterwegs sind, wird zum Beispiel weniger Mineralölsteuer gezahlt. Die Abgaben sollen also Schritt für Schritt ersetzt werden. Aber nicht nur. Mobility Pricing hat auch zum Ziel, ein «Pay as you use»-Prinzip zu etablieren. Es soll also ein Anreizsystem zur Kostenoptimierung geschaffen werden. Hintergrund ist das täglich hohe Verkehrsaufkommen mit Staus und mit Verspätungen im ÖV, das nun gezielt mit diesem System bekämpft werden soll. So ist denkbar, dass die Benutzung von Verkehrsmitteln zu Spitzenzeiten teurer sein wird als

zu Randzeiten. Wer kann, soll also Stosszeiten meiden. Dieses Prinzip soll für alle Verkehrsmittel gleichermaßen angewendet werden.

Es geht darum, eine neue Finanzierung zu finden, die gleichzeitig die Überlastung der Verkehrssysteme miteinbezieht. Diese zwei ehrgeizigen Ziele, die Zukunft der Mobilitätsabgaben zu sichern und das Brechen von Verkehrsspitzen, sind die Pläne des Bundes beim Mobility Pricing.

Testregionen gesucht

Nun werden Testregionen gesucht, die Pilotprojekte durchführen. Interessiert ist auch der Kanton Basel-Stadt, der bereits eine Projektskizze beim Bund eingereicht hat. Basel-Stadt legt den Fokus auf die Strasse und will eine City-Maut, also ein Road Pricing, testen. Da sich der Verkehr nicht nur auf städtischen Boden konzentriert, wird dies enorme Auswirkungen auf den gesamten Verkehr in der Region haben.

Ob diese Entscheidung mit dem Nachbarkanton abgesprochen ist, will FDP-Landrat Rolf Blatter wissen und hat darum eine Interpellation im Baselpbieter Landrat eingereicht, die klären soll, welche Auswirkungen ein Mobility-Pricing-Versuch des Kantons Basel-Stadt auf das Umland hätte. Da der Verkehr nicht vor den Kantons- und Landesgrenzen Halt



FDP-Landrat Rolf Blatter. Bild: zvg

macht, sind die Auswirkungen auf die gesamte Region nicht abzuschätzen. Folglich können auch Vermeidungseffekte entstehen, wenn sich der Verkehr dann andere Wege sucht, zum Beispiel, um den Kosten zu entgehen. Gerade in der hiesigen, verwinkelten Region, kann daher mit Auswirkungen für alle Verkehrsteilnehmenden gerechnet werden.

Darin liegt nur eine der Schwierigkeiten beim Mobility Pricing, auf die Rolf Blatter hinweist. «Überlegungen zu einem neuen Finanzierungssystem sind wichtig, es ist je-

doch auch klar, dass dann alle an einem Strang ziehen müssen. Partielle oder regionale Kostenerhebung birgt immer die Gefahr der Umgehung. Und die negativen Effekte müsste dann das Umland, oder eben der Kanton Basel-Landschaft tragen», sagt Rolf Blatter.

Der Nutzen ist fraglich

Fraglich ist grundsätzlich auch der Nutzen, wenn mit den Gebühren für den Verkehr die Staatseinnahmen langfristig gesichert werden sollen, die Menschen aber über den Preis aufgefordert sind, Spitzenzeiten und somit höhere Billett- oder Mautpreise, zu vermeiden. Rolf Blatter sagt: «Die beiden Prinzipien sind nicht unbedingt vereinbar, einerseits sollen Einnahmen gesichert werden, andererseits sollen die Verkehrsteilnehmenden aufgefordert werden, die tiefsten Kosten anzupfeilen, in dem sie zum Beispiel die Rushhour meiden. Das passt nicht unbedingt zusammen.»

Weiter stellt sich die Frage nach der gesetzlichen Grundlage sowie auch der allgemeinen Überzeugung, wie die Baselpbieter Regierung zu Mobility Pricing steht. Rolf Blatter ist der Ansicht, «dass der Informationsfluss an die Bevölkerung sichergestellt werden muss». Diese offenen Fragen sollen nun mit der Interpellation geklärt werden. Birgit Kron

LIGA DER BASELBIETER STEUERZAHLER – Der neue Präsident der Liga der Baselbieter Steuerzahler heisst Stefan Degen. Für den Landrat und Gelterkinder Gemeinderat sind Steuerthemen sehr wichtig. «Alles, was nicht dem Staat abgeliefert wird, kann gespart oder konsumiert werden», sagt Degen, der sich für möglichst tiefe Steuersätze einsetzt.

«Liga soll die unbequeme Stimme sein»

Im Interview mit dem Standpunkt spricht Landrat **Stefan Degen** über seine Ziele als neuer Präsident der Liga der Baselbieter Steuerzahler. Er tritt die Nachfolge von **Jörg Felix** an, der das Amt auf Ende vergangenen Jahres abgegeben hat.

Standpunkt: Herr Degen, Glückwunsch zur Wahl zum Präsidenten der Liga der Baselbieter Steuerzahler. Sind Steuerthemen im Allgemeinen für Sie wichtig?

Stefan Degen: Vielen Dank für die Gratulation, ich freue mich sehr. Klar sind Steuerthemen für mich wichtig. Dafür gibt es drei Gründe: Das Mass der Besteuerung hat direkten Einfluss auf unseren Wohlstand; alles, was nicht dem Staat abgeliefert werden muss, kann gespart oder konsumiert werden. Steuern sind sowohl für Unternehmen wie auch für natürliche Personen ein sehr wesentlicher Standortfaktor.

«STEUERN SIND SOWOHL FÜR UNTERNEHMEN WIE AUCH FÜR NATÜRLICHE PERSONEN EIN SEHR WESENTLICHER STANDORTFAKTOR.»

Gerade für ein Land wie die Schweiz ist es zentral, dass wir innovative und damit erfolgreiche Unternehmen und Personen anziehen können. Ein zu mächtiger Staat führt zu einer trägen Volkswirtschaft, und ein Staat wird zu mächtig durch eine zu hohe Staatsquote. Die gilt es über das Steuersystem zu bremsen.

Wird die Thematik rund um die Steuern im Baselbiet, aber auch national, nach der Coronakrise an Bedeutung gewinnen?

Ganz klar ja. Aber nicht nur regional, sondern global. Der Steuerwettbewerb wird durch die anderen Staaten stark angeheizt werden. Der Kampf ums Steuersubstrat wird mit grosser Härte geführt. Da müssen wir bereit sein, aber nicht erst nach dieser Krise, sondern bereits jetzt. Wir müssen die Massnahmen sehr sorgsam abwägen und nur wirklich nachweislich nützliche Einschränkungen umsetzen. Jeden Franken, den wir jetzt nicht ausgeben, werden wir im Vorsprung sein.

Kürzlich haben viele Gemeinden im Kanton ihre Budgets für das Jahr 2021 verabschiedet und rechnen mit deutlich weniger Einnahmen. Rechnen Sie mit Steuererhöhungen?

Ich durfte selbst ein solches Budget als Präsident ad interim präsentieren, und zwar jenes von Gelterkinder. Es ist eigentlich ganz einfach: ein Defizit kann mit weniger Ausgaben oder mehr Einnahmen ausgeglichen werden. Mehr Einnahmen führen aber meist nur kurzfristig zu einer Linderung. Wir haben also einen klassischen Zielkonflikt: Gemeinderat und Verwaltung wollen entweder Steuererhöhung oder Leistungsabbau, die Mehrheit an den Gemeindeversammlungen will auf keinen Fall Leistungsabbau, und eine kleine Minderheit weist daraufhin, dass Steuererhöhungen langfristig die schädlichsten Massnahmen sind. Die öffentliche Verwaltung ist meiner Meinung nach aktuell weder fähig noch willens, Effizienzsteigerungen

im selben Mass umzusetzen, wie das in der Privatwirtschaft täglich getan wird. Was dabei herauskommt, ist klar. Somit kann ich die Frage mit «Ja» beantworten.

«DER KAMPF UMS STEUERSUBSTRAT WIRD MIT GROSSER HÄRTE GEFÜHRT. DA MÜSSEN WIR BEREIT SEIN. ABER NICHT ERST NACH DIESER KRISE, SONDERN BEREITS JETZT.»

Manche Gemeinden wollen die Skonti der Steuerzahler reduzieren, um die Steuerauffälle zumindest teilweise zu kompensieren. Was halten Sie davon?

Ich bin überzeugt, dass die Skonti mehr Lenkungswirkung haben als die Verzugszinsen. Aus politischer Sicht verstehe ich das Anliegen. Der Staat kann ja im Moment praktisch unbegrenzt Fremdkapital aufnehmen, und das nahe bei null Prozent, warum sollte er da den Steuerzahlern ein Prozent oder mehr bezahlen? Was nun absurd ist, ist dass das Delta zwischen Skonti und Verzugszins mittlerweile so gross ist. Ich will damit sagen, die öffentliche Hand sollte sich für Lenkung oder tiefe Fremdkapitalkosten entscheiden. Im Moment drängt sie bei jenen, die in Verzug sind, und knaust bei jenen, die das Geld vorschliessen. Möglicherweise würde ein fixierter Spread von zum Beispiel einem Prozent helfen. Ich bin

sicher, dass beide Zinsen damit irgendwo zwischen 2 und 4 Prozent zu liegen kommen würden. Eine Grössenordnung, die für den Verzugszins auch in einer Motion im Landrat gefordert wird.

Wie kann sich die Politik für die Menschen in der Region stark machen, sodass die Steuern als gerechtfertigt empfunden werden?

Gerechtigkeit wird oft verwendet, um Klientelpolitik zu betreiben. Wir haben aktuell die Situation, dass Personen bis in den unteren Mittelstand in unserem Kanton überhaupt keine Steuern bezahlen. Wenn diese Personengruppe über die Hälfte kippt, so bestimmt faktisch eine Mehrheit darüber, was eine Minderheit allein bezahlen muss. Ein Ansatz für mich wäre, dass jeder Einwohner unabhängig vom Einkommen eine Grundsteuer bezahlt. Wie oben erwähnt, darf aber dabei die Staatsquote nicht steigen. Wichtig ist auch, dass wir es nun endlich hinkriegen, dass die

Steuerprogression in unserem Kanton wieder flacher wird.

«WIR HABEN AKTUELL DIE SITUATION, DASS PERSONEN BIS IN DEN UNTEREN MITTELSTAND IN UNSEREM KANTON ÜBERHAUPT KEINE STEUERN BEZAHLEN.»

Weiter ist es auch wichtig, dass mit den Geldern auf allen Staatsebenen wieder haushälterisch umgegangen wird. Der Wert der bezahlten Steuern sollte bei Gemeinden, Kanton und Bund ersichtlich sein, das ist leider nicht immer der Fall.

Welche Rolle spielt dabei die Liga der Baselbieter Steuerzahler?

MITGLIED WERDEN BEI DER LIGA DER BASELBIETER STEUERZAHLER

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler kämpft seit 1954 für eine angemessene Steuerbelastung und gegen die stetige Erhöhung der Staatsquote. Der Staat soll bei der Steuererhebung ein vernünftiges Mass einhalten. Die Liga der Baselbieter Steuerzahler wehrt sich gegen jede weitere Einführung neuer Steuern und gegen Steuererhöhungen. Der Umweg über Gebührenerhöhungen wird ebenfalls abgelehnt. Die Liga bekämpft den Paragraphenschwund und fordert

eine angemessene Regulierung durch den Staat. Bei ihrer Arbeit setzt die Liga auf Expertenwissen, das dank namhaften Finanz- und Steuerexperten im Liga-Vorstand und weiterer ehrenamtlicher Unterstützung von Experten sichergestellt ist.

Um ihren Interessen und Anliegen mehr Gewicht zu geben, benötigt die Liga der Baselbieter Steuerzahler Unterstützung. Eine Mitgliedschaft stärkt die Tätigkeit der Liga und trägt einen wichtigen Teil zu einer vernünftigen

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler soll die unbequeme Stimme sein, die sich immer wieder zu Wort meldet. Ihr Auftrag ist Aufklärung in der Bevölkerung. Wir müssen immer wieder dort hinschauen, wo mit Steuergeldern nicht zweckmässig umgegangen wird. Es ist doch auch nicht zu erklären, dass es in diesem Kanton eine ganze Menge Einfamilienhausbesitzer gibt, die gar keine Steuern bezahlen, weil bei uns die Einkommensgrenze für Steuern derart hoch ist – als Randbemerkung: Wir sind bei den unteren Einkommen unter den attraktivsten fünf Kantonen –, dass man sich zwar ein Einfamilienhaus leisten kann, aber keine Steuern bezahlt.

«WIR MÜSSEN IMMER WIEDER DORT HINSCHAUEN, WO MIT STEUERGELDERN NICHT ZWECKMÄSSIG UMGEGANGEN WIRD.»

Das ist im Übrigen auch einer der Gründe zu Frage drei: Die Gemeinden haben fleissig Bauland erschlossen, die dazugehörige Infrastruktur wie Schulen und die Vergrößerung der Verwaltung müssen aber oft die bisherigen Einwohner bezahlen und nicht die Neuzuzüger. Dort müssen wir ansetzen. Die Entwicklung des Steuersystems darf nicht nur von der politischen Grosswetterlage getrieben sein.

Inwiefern profitieren die Steuerzahler von der Arbeit der Liga der Baselbieter Steuerzahler?

Im besten Fall profitieren sie von tieferen Steuern und damit mehr freien Mitteln zum Sparen oder Konsumieren. Seien wir realistisch, der Trend geht zu mehr Umverteilung, auch aus weiter oben ausgeführten Gründen. Wir müssen dagegenhalten und den Trend abbremsen. Im täglichen Politbetrieb profitiert der Steuerzahler von fundierten Meinungen und einer verlässlichen Vertretung der finanziellen Interessen. Das können wir als Liga bei Vernehmlassungen oder direkt über die mit uns vernetzten Politikerinnen und Politiker auf allen Staatsebenen. Mit unserem «Liga-Letter» und unserer Website informieren wir Mitglieder und Öffentlichkeit über aktuelle politische Themen oder Abstimmungen. Ebenfalls durchleuchten wir bei den Wahlen die Kandidierenden und machen Empfehlungen für Politikerinnen und Politiker, die unsere Werte vertreten. *Interview: Birgit Kron*

Steuerpolitik im Kanton Basel-Landschaft bei.

Mit dem «Liga-Letter» informiert die Liga der Baselbieter Steuerzahler ihre Mitglieder regelmässig über das finanz- und steuerpolitische Geschehen im Kanton Basel-Landschaft und über die Arbeit der Liga.

Weitere Informationen über die Liga der Baselbieter Steuerzahler finden sich unter der untenstehenden Adresse im Internet. *ra*

www.steuerzahler-bl.ch



Stefan Degen übernimmt das Präsidium der Liga der Baselbieter Steuerzahler. Er ist Vizepräsident der Finanzkommission des Landrats und sitzt im Gemeinderat von Gelterkinder.

Bild: zvg

MÜLLER AG PLASTICS – Die Müller AG Plastics hat damit begonnen, mit der KMU Lehrbetriebsverbund AG Lernende auszubilden. Die Basis an gut ausgebildeten Mitarbeitenden bleibe so über mehrere Generationen bestehen, sagt Berufsbildner Michael Sowada.

«Das Modell des LBV überzeugt»

Die Müller AG Plastics aus Muttenz bildet seit Kurzem mit der KMU Lehrbetriebsverbund AG (LBV) Lernende als Kunststoffverarbeiter/in EBA aus. **Michael Sowada**, Leiter Umwelt- und Arbeitssicherheit und Berufsbildner für die Lernenden in der Müller AG Plastics, sagt im Interview wieso. Er hat sich für die Ausbildung von Lernenden im Betrieb eingesetzt.

Standpunkt: Herr Sowada, was macht die Müller AG Plastics?

Michael Sowada: Unsere Hauptprodukte sind mehrschichtig aufgebaute Kanister von 3 bis 30 Liter. Diese finden in verschiedenen Branchen, wie der Agrochemie, Aromenindustrie oder der Lebensmittelindustrie Verwendung. Wir als Firma sind davon überzeugt, dass wir weltweit einer der wenigen Anbieter solch komplexer und hochwertiger Produkte sind. Besonders auf dem Gebiet der 3- bis 30-Liter-Kanister sind wir von der Fertigungstechnik her marktführend.



Erbil Mehmeti macht bei der Müller AG Plastics eine Lehre als Kunststoffverarbeiter EBA.

Bild: E. Wandji

Welche Berufe können bei Ihnen erlernt werden?

Da wir frisch in die Berufsbildung eingestiegen sind, bieten wir aktuell eine Lehrstelle als Kunststoffverarbeiter/in EBA an. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, dass ein Lernender oder eine Lernende nach der zweijährigen Ausbildung unsere Maschinen eigenständig bedienen kann. Dies ist ein hohes Ziel, da bei solch einem komplexen Verfahren in den zwei Jahren der Berufslehre nur das Basiswissen vermittelt werden kann.

Werden Sie Ihr neues Lehrstellenangebot in den nächsten Jahren weiter ausbauen?

Es ist in unserem Interesse, in kurzfristiger Zukunft eine zweite EBA-Lehrstelle anzubieten. An den weiteren Standorten unserer Unternehmensgruppe werden schon länger junge Menschen in verschiedenen Berufen ausgebildet. Auch die berufsbegleitende Ausbildung von erfahrenen Mitarbeitern, zum Er-

werb eines Berufsabschlusses, haben wir in unserem Angebot.

Weshalb haben Sie sich für das Ausbilden von Lernenden entschieden?

In erster Linie möchten wir für gut ausgebildeten Nachwuchs in unserer Branche sorgen. Dies natürlich auch in der Hoffnung, dass wir eigene Lernende nach der Ausbildung in unsere betriebliche Zukunft ein-



Michael Sowada, Leiter Umwelt- und Arbeitssicherheit und Berufsbildner, Müller AG Plastics.

binden können. So wird dafür gesorgt, dass die Basis an gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeitenden über mehrere Generationen bestehen bleibt.

Warum haben Sie sich für die Zusammenarbeit mit dem KMU Lehrbetriebsverbund entschieden?

Schon bald nach meinem Beginn bei Müller AG Plastics im Januar 2019 habe ich festgestellt, dass Raum für eine Lehrstelle vorhanden ist. Nach Absprache mit meinem Kollegen haben wir gemeinsam mit der Planung begonnen. Während dieser Zeit wurden wir auf eine Infoveranstaltung des KMU Lehrbetriebsverbunds in Liestal aufmerksam, welche wir besuchten. Da wir nicht genügend Zeit für den administrativen Aufwand zur Verfügung haben, hat uns das Modell des LBV überzeugt.

Wie sieht der Arbeitsalltag Ihres LBV-Lernenden Erbil Mehmeti aus?

Am Montag ist Herr Mehmeti in der Berufsfachschule. An diesem Tag erhält er von uns per Mail immer einen Wochenplan, in welchem er sehen kann, in welchen Bereichen er in dieser Woche eingesetzt wird. Bei der Einteilung achten wir darauf, dass er in erster Linie mit Arbeiten beschäftigt ist, die für seine Ausbildung Sinn machen. Das

sind vor allem Rüstarbeiten an unseren Blasanlagen. Hier ist er einem Einrichter zugeteilt, der dem Lernenden das Rüsten und Bedienen der Anlagen vermittelt. Ausserdem wird er mit allen Arbeitsprozessen rund um das Herstellen von geblasenen Kunststoffbehältern konfrontiert. So ist er schon früh in der Lage, bei Engpässen in der Schicht auszuhelfen und den Schichtführer zu unterstützen.

Würden Sie anderen Betrieben in Ihrer Branche das Ausbilden von Lernenden nahelegen?

Auf jeden Fall. Ich sehe darin nur Vorteile. Es macht Sinn, lernfähige, junge Menschen auszubilden und für starken Nachwuchs zu sorgen. Ausserdem bereitet es Freude, bei der Ausbildung mitwirken und eine positive Entwicklung beobachten zu können. Am Ende der Ausbildung profitieren beide Seiten.

Interview: Luca Müller

Informationen zur Müller AG Plastics: www.mueller-group.com/plastics

WEITERE INFORMATIONEN

Betriebe, die ebenfalls Lernende ausbilden und vom Angebot der KMU Lehrbetriebsverbund AG (LBV) profitieren wollen, finden auf der Website des LBV weitere Informationen.

Auskünfte erteilt auch:

Daniela Schüpbach
Leiterin Geschäftsstelle LBV
Telefon: 061 927 65 39
E-Mail: d.schuepbach@kmu.org

www.kmu-lehrbetriebsverbund.ch

SCHWARZARBEIT – Am 7. März 2021 stimmt das Baselbiet über die Revision des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und jene des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes (AMAG) ab. Sie wurden mit viel Aufwand erarbeitet und verdienen ein Ja an der Urne.

Zwei Mal Ja zum fairen Arbeitsmarkt

Am Abstimmungswochenende vom kommenden 7. März gelangen die Revisionen des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und jene des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes (AMAG) vor das Baseltier Stimmvolk. Dies, nachdem in der Landratsabstimmung im vergangenen Dezember eine 4/5-Mehrheit knapp verfehlt worden war. Der Wirtschaftsrat, das Parlament der Wirtschaftskammer, hat für beide Vorlagen die Ja-Parole gefasst (siehe Seite 4). Auch das «KMU-Komitee für fairen Arbeitsmarkt», bestehend aus Verbandsvertretern, KMU und Politik, unterstützt die Gesetzesrevisionen. Was steckt hinter den beiden Gesetzesrevisionen, die einen fairen Arbeitsmarkt und Kontrolltätigkeit garantieren und gesetzlich optimieren sollen? Vor allem auch viel Arbeit.

In 15 Sitzungen austariert

Die vorberatende Kommission, die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, brauchte 15 Sitzungen, um die Details der Gesetzesrevisionen auszutarieren. Dies stets unter Einbezug etlicher Fachleute aus den Direktionen sowie mit Anhörungen der beteiligten Institutionen und Experten. Hinzu kommen Sitzungen der Sozialpartner, der Verwaltung und

der Regierung, die einen enormen Zeitaufwand bedeuteten. Die Verhandlungen waren nicht unumstritten geführt worden, und es brauchte auf allen Seiten Kompromissbereitschaft und guten Willen zur erfolgreichen Zusammenarbeit.

Am Schluss wurde eine Lösung erzielt, die zwar nicht alle Seiten ausnahmslos zufriedenstellen konnte,

die jedoch auf dem Konsens aller Beteiligten beruht. Bei den ausstehenden Finanzierungsfragen vertraut das «KMU-Komitee für fairen Arbeitsmarkt» dem Landrat, damit es nicht zu einem schädlichen Abbau bei der Kontrolltätigkeit kommt. Diese grosse Vorleistung aller Parteien brachte eine ausgewogene Landratsvorlage zustande. Die Volkswirtschafts- und

Gesundheitskommission beantragte dem Parlament mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Vorlage unverändert zuzustimmen. Am Ende wurde die benötigte 4/5-Mehrheit knapp verpasst, die mit viel Aufwand gefundene Lösung scheiterte an den Gegenstimmen einzelner Grüner und der EVP sowie einer parteilosen Landrätin. Nun muss am 7. März das

Stimmvolk über die beiden Gesetzesrevisionen entscheiden.

Das breit abgestützte «KMU-Komitee für fairen Arbeitsmarkt» plädiert wie der Wirtschaftsrat für zwei Mal Ja. Um weiter einen fairen Arbeitsmarkt zu gewährleisten, soll den neuen gesetzlichen Regelungen zugestimmt werden. *Birgit Kron*
www.fairer-arbeitsmarkt-bl.ch

DAS SAGEN VERBANDSVERTEPETER UND POLITIKER AUS DEM BASELBIET



Dieter Zwicky, Präsident Schreinermeisterverband Baselland.



Rolf Wehrli, Geschäftsführer Suissetec.



Christof Hiltmann, Landrat FDP, Präsident der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission.



Marc Scherrer, Landrat CVP, Mitglied der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission.

«Es ist eine am Ende gute Gesetzeslösung. Wir brauchen diese Revisionen für gleich lange Spiesse, einen weiterhin fairen Arbeitsmarkt und geregelte Bedingungen. Und wir brauchen diese Lösung jetzt. Deshalb zwei Mal Ja zum fairen Arbeitsmarkt: Ja zum Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ja zum Arbeitsmarktaufsichtsgesetz.»

«Für einen fairen Arbeitsmarkt, besonders für unser kantonales Baugewerbe, brauchen wir diese Gesetze besser heute als morgen. Der Kompromiss für alle steht, er wurde von Experten und Fachleuten bis ins kleinste Detail geprüft. Warum sollen wir ein Politikum daraus machen und nun wieder jahrelang zuwarten?»

«Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission hat 15 Sitzungen und über ein Jahr benötigt, um eine austarierte Lösung mit allen Beteiligten zu finden. Der Landrat ist unserer Empfehlung gefolgt und hat die Gesetze mit grosser Mehrheit angenommen. Wir haben eine gute Lösung gefunden. Darum braucht es jetzt zwei klare Ja zu den Revisionen.»

Politik, Verwaltung und Sozialpartner haben nach intensiven Beratungen einen für unmöglich gehaltenen Kompromiss gefunden und dieser soll durch ein paar Wenige gefährdet werden? Wir haben eine Menge Arbeit in diese Einigung gesteckt und dabei im Landrat eine grosse Mehrheit gefunden. Es ist wichtig, dass wir diese Arbeit mit zwei klaren Ja honorieren.

GLÜCKWÜNSCHE ZUM NEUEN JAHR – Die Präsidentinnen und Präsidenten der lokalen Industrie- und Gewerbevereine wünschen ihren Mitgliedern ein gutes 2021. Zuvorderst steht bei vielen der Wunsch nach einer Rückkehr der Normalität.

«Hoffe, der ganze Spuk ist bald vorbei»

Das vor Kurzem verabschiedete 2020 wird als «Annus horribilis» der Wirtschaft in die Geschichtsbücher eingehen. Das Coronavirus hat viele Branchen hart getroffen, die Folgen sind noch allgegenwärtig. Selbstredend sind auch zahlreiche KMU mit grossen Herausforderungen konfrontiert, mit der finanziellen Not sind die Existenzängste und der psychische Druck gestiegen. Die lokalen und regionalen Gewerbe- und Industrievereine (GIV) des Kantons Basel-Landschaft stehen in dieser extremen Situation an vorderster Front.

Impfaktion bringt Hoffnung

Dank der Anfang Januar angelaufenen Impfaktion ist die Hoffnung gross, dass das neue Jahr eine Besserung der Lage bringen wird. Zuversichtlich zeigt sich die Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV), die sich aus den Präsidentinnen und Präsidenten der GIV

(oder deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern) zusammensetzt. Ihre auf dieser Seite abgedruckten positiven Botschaften zeugen von neuem Elan und Vertrauen in die Zukunft. Frei nach dem Motto: Es kann nur besser werden – und es wird ganz bestimmt wieder besser!

Fast alle der 22 GIV-Vertreterinnen und -Vertreter haben die vom Standpunkt der Wirtschaft zur Verfügung gestellte Plattform genutzt, um ihr «präsidiales Wort» zum Jahresanfang an ihre Mitglieder zu richten. Danke für die Teilnahme. Schlagwörter wie «Mut», «Chance», «Hoffnung» und «Zuversicht» kommen in den Statements immer wieder vor. Ein Beweis, dass sich die hiesigen Betriebe nicht in ihr Schicksal ergeben wollen.

Die Wirtschaftskammer wünscht allen Baselbieter KMU viel Durchhaltevermögen und Energie in dieser turbulenten Zeit. Auf ein erfolgreiches 2021!

Loris Vernarelli



Philipp Hägeli, Präsident Arlesheimer Gewerbe- und Industrieverein

Ich wünsche Ihnen, im Namen des gesamten Vorstands, ein gutes neues Jahr. Für 2021 wünsche ich Ihnen weiterhin viel Mut zu Neuem, mehr Bewegung als Stillstand, mehr Lachfalten als Stirnrunzeln sowie Humor, um aus allem das Beste zu machen.



Silvan Ulrich, Präsident ad interim Gewerbe und Industrie Aesch

Wir von Gewerbe und Industrie Aesch haben uns 2020 jede Mühe gegeben, unsere Mitglieder zu unterstützen. Unsere Aktion «Lokalhelden» wurde ein absoluter Erfolg. Das Motto «Ich blib LOYAL & kauf LOKAL» soll weiterhin allen Mut im neuen Jahr machen.



Alain Tüscher, Präsident Gewerbe- und Industrieverein Bubendorf u. U.

2020 hat uns verändert. Vollbremsung, Richtungswechsel. Neustart. Was wird bleiben? Für das neue Jahr wünsche ich uns allen Händedruck, Umarmungen, Freundschaften und lachende Gesichter. Lasst uns das tun, was wir am besten können: Chancen packen und mit Leidenschaft arbeiten.



Sabine Denner, Präsidentin Gewerbeverein Birsfelden

Lassen Sie uns hoffnungsvoll und zuversichtlich auf das Jahr 2021 blicken und die neuen Möglichkeiten und mobilisierten Kräfte einsetzen. Wir freuen uns auf das nächste persönliche Gespräch mit Ihnen und wünschen Ihnen 2021 viel wirtschaftlichen Erfolg und Gesundheit.



Salome Mumenthaler, Präsidentin Gewerbeverein Gelterkinden u. U.

Die Herausforderungen werden auch 2021 nicht kleiner. Packen wir es an und unterstützen wir uns weiterhin gegenseitig. Dank der Solidarität unserer Kunden werden wir auch diese Situation meistern. Gute Gesundheit und viel Erfolg im neuen Jahr.



René Brodbeck, Präsident GV KMU Homburger-/Diegtertal u. U.

«Ganz gleich, wie beschwerlich das Gestern war, stets kannst du im Heute von Neuem beginnen»: Mit Buddhas Worten wünsche ich Ihnen, liebe Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden, einen guten Start ins 2021 – bleiben Sie gesund!



Marc Scherrer, Präsident KMU Laufental

Ich möchte mich bei allen «Gwärbler» und Privatpersonen sowie der öffentlichen Hand für die Solidarität bedanken. Die unkomplizierte und gegenseitige Unterstützung hat die Menschen dazu bewegt, ihre Einkäufe vor der eigenen Haustüre im Laufental zu tätigen.



Thomas Schulte, Präsident Gewerbeverein Oberwil/Biel-Benken

Geschätzte Mitglieder, möge das neue Jahr für alle Gewerbetreibenden und ihre Angestellten, Freunde und Familien neben bester Gesundheit auch viel Glück, Wohlergehen, Dankbarkeit, Zufriedenheit und Hoffnung auf wiederkehrende Normalität bringen.



Christine Tschan, Präsidentin Gewerbeverein Sissach u. U.

Wie schützen wir die Gesundheit der Bevölkerung, ohne die Wirtschaft an die Wand zu fahren? Reicht die finanzielle Unterstützung zur Rettung der stark betroffenen Branchen? Fragen, die uns 2021 weiter beschäftigen werden. Ich wünsche uns allen Zuversicht, Mut und Durchhaltewillen.



Roland Naef, Präsident KMU Allschwil Schönenbuch

Ich habe in den letzten Monaten viele Unternehmerinnen und Unternehmer getroffen, die unverschuldet durch das Virus in arge finanzielle Nöte geraten sind. Und das stimmt mich nachdenklich, ja traurig. Ich hoffe, der ganze Spuk ist bald vorbei.



Martin Zimmermann, Präsident KMU Ettingen

Liebe Mitglieder, ein besonderes Jahr ist zu Ende gegangen. Für 2021 wünschen wir euch allen viel Erfolg, Inspiration und Gesundheit. Lasst uns optimistisch in die Zukunft blicken und gemeinsam an einem Strang ziehen.



Werner Gutschier, Präsident KMU Frenkendorf/Füllinsdorf

Im vergangenen Jahr wurden wir vor echte Herausforderungen gestellt und mussten plötzlich unser Leben komplett umstellen. Wir haben gezeigt, wie flexibel wir sind. Für 2021 wünsche ich euch Mut, Kraft und Elan, das wieder zu schaffen.



Matthias Renevey, Präsident KMU Liestal

Geschätzte Mitglieder, nach einem sehr herausfordernden Jahr wünsche ich Ihnen allen ein erfolgreiches, glückliches und vor allem gesundes 2021. Gemeinsam werden wir die wartenden Herausforderungen meistern. KMU Liestal ist für Sie da.



Beat Huesler, Präsident KGIV und KMU Muttenz

Wir wurden innert einem Jahr mit Gegebenheiten konfrontiert, die wir uns nie hätten vorzustellen gewagt. Ich habe höchste Achtung davor, mit welcher Besonnenheit, Zuversicht und enormer Flexibilität unsere KMU die Krise bewältigen.



Anita Fiechter-Hintermann, Vizepräsidentin KMU Pratteln

Besonders berührt hat die Solidaritätsaktion «Prattler hebe zämme», die bis heute im lokalen Gewerbe spürbar ist. Für 2021 wünsche ich uns allen wieder mehr persönliche Begegnungen, damit wir unser Netzwerk erneut so richtig nutzen können.



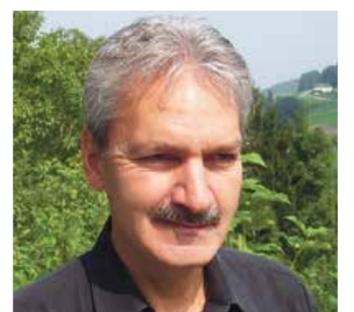
Michael Briggen, Präsident KMU Reigoldswil u. U.

Die Vergangenheit hat gezeigt, wie wichtig es ist, sich auf Mitmenschen, Angestellte, Kunden und Geschäftspartner verlassen zu können. Ich wünsche euch allen, liebe Mitglieder, dass wir das neue Jahr mit viel Optimismus und Zuversicht starten!



Gerda Massüger, Präsidentin KMU Reinach

Ich wünsche Ihnen allen für 2021 viel Glück, Erfolg und beste Gesundheit für das neue Jahr! Hoffen wir, dass die Eingriffe in unsere Wirtschaft und Privatsphäre wieder aufgehoben werden und wir zu einem normalen Leben zurückkehren können.



Alex Bärtschi, Präsident KMU Waldenburgertal

KMU mussten sich 2020 anders organisieren oder gar neu orientieren. Weder Wettbewerb noch Effizienz waren die Ursache. Viele haben alles richtig gemacht – danke! Ich wünsche für 2021 viel Durchhaltevermögen, Energie und vor allem Gesundheit.

BERUFSSCHAU 2021 – Zum 13. Mal findet vom 27. bis 31. Oktober 2021 die Baselbieter Berufsschau in Liestal statt. Eine besondere Herausforderung stellt das umfassende Schutzkonzept betreffend Covid-19-Massnahmen dar.

«Wir leisten einen grossen Effort»

Die Baselbieter Berufsschau ist ein Erfolgsmodell. Nach der Premiere 1996 wird sie seit 2001 im Zweijahres-Rhythmus durchgeführt. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern der 7., 8. und 9. Klasse einen repräsentativen, praxisnahen, attraktiven, erlebbaren und digitalen Einblick in die Berufswelt. «Die Berufsschau hat sich als wichtiges Schlüsselement und Bindeglied in der kantonalen Bildungslandschaft etabliert», sagt **Urs Berger**, stellvertretender Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Leiter der Berufs- und Weiterbildung.

Das Bedürfnis für die Berufsschau ist da, wie eine Umfrage nach der Auflage 2019 unterstreicht: Lehrpersonen und Aussteller erteilten dem Event gute bis sehr gute Noten und erachteten ihn als «äusserst hilfreich in der Entscheidungsfindung zur Berufswahl junger Leute».

Erste Informationen im Februar

Schon seit einigen Monaten laufen die Vorbereitungen für die Berufsschau 2021, die vom 27. bis 31. Oktober auf dem Aussenareal des Frenkenbündten-Schulhauses in Liestal stattfinden wird. Aktuell läuft der finale Anmeldeprozess, am 1. Februar sollen die Aussteller bei einer ersten Informationsveranstaltung auf den Anlass eingestimmt werden.

Die Berufsschau 2021 wird wiederum partnerschaftlich durch die Wirtschaftskammer Baselland, den Kanton, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBF) und die Stadt Liestal getragen

werden. Das Gesuch für eine entsprechende Leistungsvereinbarung ist derzeit in Bearbeitung.

Schutzkonzept mit sechs Pfeilern

Eine enorme Herausforderung bilden bei der Auflage 2021 die Umstände der Corona-Pandemie. Das Organisationsteam um Urs Berger hat ein umfassendes Schutzkonzept erstellt, das einen grösstmöglichen Gesundheitsschutz für alle Beteiligten gewährleistet. Es basiert im Wesentlichen auf sechs Pfeilern:

1. Zugang Veranstaltungsgelände und Aufnahme von Kontaktdaten: Eingangszone, Ausgangszone, Sammelpunkte und Leitsysteme; Zugangs- und Eingangskontrolle, Ausgangskontrolle; konsequente Registrierung von Gruppen und Einzelpersonen.

2. Schutzmaterial und Hygiene: Körpertemperaturmessung beim Eintritt, Pflicht zum Tragen einer Schutzmaske und Schutzhandschuhen, Zonen für Desinfektion und Aus-/Nachrüstung mit Schutzmaterial.

3. Abstand halten und Schutzabgrenzungen: Leitsystem, Bodenmarkierungen zur Einhaltung des Abstands, Schutz- und Trennscheiben, bauliche Schutzmassnahmen im Ausstellungsbereich; Massnahmen Restauration; Massnahmen sanitäre Anlagen.

4. Reinigung und Entsorgung: Plan für regelmässige Zwischenreinigung,



Plan für regelmässige Leerung und Reinigung der Abfallbehälter.

5. Information und Management: Informationen, Beschriftungen und Markierungen, Informations- und Kommunikationseinrichtungen, Informationssystem und Steuerung.

6. Überwachung und Vorfälle: Informations- und Sicherheitszentrale, zentrale Überwachung der Sicherheit und Einhaltung der Schutzmassnahmen, Sicherheitskontrollen (stationär und mobil).

Für die Berufsschau 2021 sollen keine Innenräume der Schulanlage Frenkenbündten genutzt werden.

«Die gesamte Berufsschau wird eigens nach unseren Bedürfnissen in einer Zeltlandschaft gebaut. Mit einem verstärkten Belüftungssystem in den Veranstaltungsorten leisten wir einen grossen zusätzlichen Effort im Bereich der Schutzmassnahmen», sagt Urs Berger.

Er schätzt den zusätzlichen Aufwand für die im Schutzkonzept vorgesehenen Massnahmen auf rund eine halbe Million Franken. Dieses Geld soll über ein Pilotprojekt beschafft werden, das Gesuch ist bereits gestellt. Der Chef der Berufsschau bleibt optimistisch, dass die Berufsschau Ende Oktober 2021 physisch durchgeführt werden



Urs Berger, stv. Direktor der Wirtschaftskammer, Leiter Berufsbildung und OK-Chef der Berufsschau. Bild: Archiv

kann. Weite Teile des Schutzkonzeptes kämen auch dann zum Tragen, wenn die Anforderungen des BAG und der kantonalen Behörden dazumal weniger weit gehen würden als aktuell.

Sollte sich die epidemiologische Lage bis zum geplanten Ausführungstermin dennoch negativ entwickeln, kann bis in den August 2021 mit einem Entscheid zur definitiven Durchführung abgewartet werden. Im Falle einer Absage besteht bereits ein Konzept für eine digitale Version der Baselbieter Berufsschau. Aber dieses Dokument soll wenn immer möglich in der Schublade bleiben. *Daniel Schaub* www.berufsschau.ch

PUBLIREPORTAGE

Ausstände eintreiben

Liquiditätsmanagement in Zeiten von Corona

Die Coronakrise hat die Wirtschaft ins Schlingern gebracht. In diesen schwierigen Zeiten lohnt es sich, das Unternehmen bis in den hintersten Winkel nach Schwachstellen zu durchleuchten. Das gilt auch für das Liquiditätsmanagement.

Die staatlichen Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft haben Wirkung gezeigt. Im vergangenen Jahr wurden rund ein Achtel weniger Konkurse gezählt. Doch das dürfte nur die Ruhe vor dem Sturm sein. Denn die Überbrückungskredite wurden weitgehend mit der Giesskanne gewährt. Die einzige Bedingung war für die meisten Betriebe leicht zu schaffen: Die Unternehmen durften mit Stichtag 31. Dezember 2019 nicht in Liquidation oder Nachlassstundung sein. So sind sicher auch Firmen zu Geld gekommen, die schon vor der Pandemie in Zahlungsschwierigkeiten waren. Creditreform rechnet für dieses Jahr mit deutlich mehr Konkursen. Ein Anstieg um 40 bis 50 Prozent ist möglich. Es könnte also einiges auf Gläubigerinnen und Gläubiger zukommen.

Die schlimmste Wirtschaftskrise seit fünf Jahrzehnten trifft fast jedes Unternehmen. Wer die uralte Regel «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» beherzigt hat, wird die schweren Turbulenzen überstehen. Doch diese Reserven binden auch Kapital, das nicht investiert und somit auch nicht für das Wachstum des Unternehmens verwendet werden kann. Hier kommt es auf ein gutes Gleichgewicht an. Dafür zu sorgen, ist eine der Aufgaben der Liquiditätsmanagerinnen und -manager. Dazu gehört auch das Debitorenmanagement. Es wird allzu oft vernachlässigt. Das rächt sich in Krisenzeiten.



Marco Zuberbühler, Mitglied der Geschäftsleitung, Creditreform Egeli Basel AG.

Teure Konkursverfahren

Unabhängig von der Pandemie tun sich Gläubiger schwer, ihre Forderungen durchzusetzen, weil es für die Beseitigung des Rechtsvorschlages an einer Schuldanererkennung mangelt. Diese sind in der digitalisierten und schnelllebigen Welt ausser Mode geraten. Das wird zum Problem, wenn es darum geht, das Geld auf dem Rechtsweg einzutreiben. Dazu kommen die hohen Kosten für das Einleiten des Konkursverfahrens von 3000 bis 6000 Franken. Bei einer durchschnittlichen Konkursdividende

von unter fünf Prozent für Gläubiger der dritten Klasse geht die Rechnung oft nicht mehr auf. Es lohnt sich, dafür zu sorgen, dass es gar nicht so weit kommt.

AGB prüfen

Das beginnt bei den Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Sämtliche für die Forderungsdurchsetzung relevanten Punkte sind darin aufzunehmen: Mahngebühren, Gläubigerkosten, angemessene Zahlungsfristen und ein Verzugszins, der auch über fünf Prozent liegen darf.

Bonitätsprüfung

Die Zahlungsfähigkeit jedes Kunden, der auf Rechnung beliefert werden soll, ist vor Vertragsabschluss zu prüfen. Eine Betreuungsauskunft reicht bei Weitem nicht. Dienstleister wie Creditreform bieten auf Basis vieler weiterer Daten einen umfassenderen Blick auf die Bonität des Kunden.

Inkasso

Wer zuerst mahnt, mahnt am besten. Denn er hat die besten Chancen, sein Geld zu erhalten. Klare Vereinbarungen schaffen die Basis, die Dokumentation aller Abmachungen hilft, Missverständnisse zu vermeiden, und das konsequente, zugleich respektvolle Durchsetzen rechtlicher Schritte schafft Klarheit. Das Outsourcing des Inkassos entlastet Mitarbeitende, und es beruhigt die Geschäftsleitung, die das Inkasso in den Händen von Fachleuten weiss, die über die einschlägigen Fristen und das SchKG Bescheid wissen.

Verlustscheine und kurzfristige Liquidität

Verlustscheine sind kein verlorenes Geld. Mit deren Bewirtschaftung lässt sich bereits abgeschrieben Geld einnehmen. Das geht im Unternehmensalltag gerne unter, oder es fehlen Infrastruktur und Zeit, die Verlustscheine zu bewirtschaften. Auch hier greifen pro-

fessionelle Inkassodienstleister ihren Kunden unter die Arme.

Die Konkurswelle naht

Die Konkurse werden zunehmen, sobald die staatlichen Coronahilfen auslaufen. Je früher gehandelt wird, desto grösser sind die Chancen, Ausstände eintreiben zu können. Die Ausgangslage kann sich von Tag zu Tag ändern. Gerade deshalb ist es für alle wichtig, auf Plattformen wie Creditreform Erfahrungen zur Zahlungsabwicklung auszutauschen, um sich gegenseitig vor Verlusten zu schützen und damit das Bonitätsmonitoring aktuell zu halten.

Marco Zuberbühler
Mitglied der Geschäftsleitung

Creditreform Egeli Basel AG
Münchensteinerstrasse 127
4002 Basel

CREDITREFORM

Mehr als 12 000 Unternehmen verlassen sich auf Creditreform, die grösste Gläubigervereinigung der Schweiz. Bonitätsauskünfte über Firmen und Privatpersonen sowie Inkassodienstleistungen aus einer Hand.

www.creditreform.ch

Creditreform

BASLER REGIERUNGSRÄTIN – Stephanie Eymann, die 20 Jahre im Baselbiet lebte, wird ab kommendem Februar als Justiz- und Sicherheitsdirektorin in der Regierung des Kantons Basel-Stadt wirken und dort ihre liberalen und bürgerlichen Werte einbringen.

«Die Sicherheit ist mein Herzthema»

Standpunkt: Frau Eymann, Sie wurden am 29. November letzten Jahres in die Basler Regierung gewählt, der Amtsantritt ist jedoch erst am 3. Februar 2021. Was passiert eigentlich in einer solchen Zwischenphase?

Stephanie Eymann: Die erste Zeit nach der Wahl galt der Beantwortung von immens vielen Gratulations-Mails, SMS und Telefonaten. Daneben habe ich normal weitergearbeitet und Mitte Januar meinen alten Job bei der Verkehrspolizei Basel-Landschaft abgeschlossen. Gleichzeitig begannen gewisse Vorbereitungsarbeiten, ich habe mich mit dem jetzigen Amtsinhaber Baschi Dürr getroffen und erste Themen besprochen. Die letzten beiden Wochen vor der Übernahme gönne ich mir einen kurzen Break.

«ICH HATTE VIELE BERÜHRUNGSPUNKTE MIT DER BASELBIETER POLITIK UND KENNE DORT ALLE REGIERUNGSRÄTE, ZWEI VON IHNEN WAREN MEINE CHEFS.»

Wie wird man als ehemalige Gemeinderätin von Eptingen in nur einem Jahr Regierungsrätin im Kanton Basel-Stadt?

Gute Frage... (lacht) Wahrscheinlich, indem man ein Stück weit den Mut, den Willen und den Kampfgeist hat, es zu probieren. Ich brachte mich ja nicht selbst ins Rennen, ich wurde von den bürgerlichen Parteien aktiv angefragt. Ich machte mir Gedanken, ob das vermessen sei, spürte dann aber, dass der Zeitpunkt, um bürgerlich anzugreifen, mit der Doppelvakanz der SP jetzt da war.

Dieser schnelle Karriereweg ist unüblich. Es machte fast ein wenig den Eindruck, als hätte man auf Sie gewartet in Basel.

Nein, und er war weder so angedacht noch geplant. Meine Rückkehr nach Basel hatte einen privaten und keinen politischen Hintergrund. Ich wollte erst einmal für den Grossen Rat kandidieren, die Regierungskandidatur hat sich erst nach und nach konkretisiert. Ich machte darauf eine Chancen-Risiken-Abwägung. Ich überlegte, was ich zu verlieren hätte, ob das eine einmalige Chance ist, ob ich bei einer Nichtwahl einen Stempel tragen würde. Doch ich kam zum Schluss, dass es passt.

Und es kam ja sehr gut heraus. Hätten Sie mit einem solchen Zuspruch gerechnet?

Der erste Wahlgang war so etwas wie der Zahltag, der aufzeigte, ob meine Kandidatur von der Stimmbevölkerung ernst genommen wird. Mit nur 79 Stimmen, die mir zum absoluten Mehr fehlten, war ich dankbar und positiv überrascht. Ich hatte auf einen Achtungserfolg gehofft, aber so knapp an eine mögliche Wahl heranzukommen, da dachte ich: Wow! Danach wurde ich von erfahrenen Politikern gewarnt, dass zweite Wahlgänge anders laufen. Es gab eine neue Ausgangslage, der Ton wurde aggressiver, es wurde mehr auf Mann gespielt. So war ich vor dem zweiten Wahlgang schon unsicher und umso erstaunter, dass ich nochmals zulegen und ein solches Ergebnis erreichen konnte.

Diese 79 Stimmen, die fehlten, waren so etwas wie ein vierter Platz an den Olympischen Spielen. Hat sie das nicht auch ein wenig geärgert, dass es so knapp nicht reichte im ersten Wahlgang? Ich sah das nie so. Es ist mein Natur, dass ich mich im Positiven nicht ärgern will. 79, das ist auch mein Jahrgang, vielleicht war das einfach schicksalhaft. Dazu kam, dass mich zu jener Zeit essenzielle Dinge im Leben beschäftigten, meine beiden Eltern waren beide mit Covid-19 im Spital, mein Vater hatte einen schweren Verlauf. In der Relation kann man sich dann nicht über 79 Stimmen in einer Wahl ärgern.

Sie haben aus dem Baselbiet einen politischen Rucksack als Gemeinderätin in Eptingen und als Parteileitungsmitglied der FDP mitgebracht, das war im Wahlkampf kaum ein Thema. Warum? Ich war Gemeinderätin einer 500-Seelen-Gemeinde, ich habe das bewusst nicht herausstreichen wollen. Man lernt viel in einer kleinen Gemeinde, ob man gut mit Leuten umgehen kann, ob man gerne entscheidet, aber es ist nicht vergleichbar mit einem Regierungsamt in einer Stadt. Die Parteileitungstätigkeit in der FDP hat mich mehr gelehrt, ich kandidierte 2011 auch für den Landrat und bin dort auch bis auf 50 Stimmen nahe herangekommen. Wegen meinen Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft und dann bei der Verkehrspolizei legte ich meine politische Karriere später etwas auf Eis. Und so kam ich als politisch etwas unbeschriebenes Blatt zurück in die Stadt, hatte aber den Vorteil, eine Verwaltung von innen zu kennen. Das ist ein wertvoller Hintergrund, man muss dies mögen und die nötige Geduld mitbringen. Das ist jener Rucksack, den ich nutzen kann.

Dass Sie nun das Justiz- und Sicherheitsdepartement übernehmen, scheint wie eine logische Fortsetzung Ihres bisherigen beruflichen Weges zu sein. Sie hatten sich ja im Wahlkampf aktiv um das Präsidiatdepartement beworben. Sind Sie trotzdem glücklich, wie es herausgekommen ist? Ja, das bin ich. Natürlich hätte ich das Präsidium gerne übernommen, darauf hatte ich auch den klaren Fokus im Wahlkampf gesetzt. Mich reizen Konstellationen, in denen ich Gestaltungsbedarf sehe. Und ich hatte das Gefühl, dass das Potenzial bisher nicht wirklich wahrgenommen worden war. Das sah ich als gute Herausforderung für mich. Aber am Ende lese ich den Wählerwillen so, dass ich als Regierungsrätin zwar klar gewollt war, aber eben nicht als Präsidentin. Und deshalb ist es gut, wie es jetzt ist. Die Sicherheit ist mein Herzthema.

Wie sehen Sie die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Basler Regierung? Die rot-grüne Mehrheit besteht zwar nicht mehr, aber es gab auch keinen Wechsel zu einer bürgerlichen Mehrheit. Dazu gibt es weniger Erfahrung. Ich sehe das wirklich als Chance. Es gab einen Generationenwechsel und damit auch einen Erfahrungsverlust. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns schnell finden, einen Weg definieren und konstruktiv zusammenarbeiten. Es wird spannend sein. In der Wahrnehmung sieht es nach Patt aus. Esther Keller wird sicherlich zeigen müssen, wo sie steht. Es kann aber auch nicht sein, dass man dann bei jedem Dossier an ihr «ziehen» muss und alle Entscheide mit 4:3 fallen. Rein politisch bedauere ich, dass wir es nicht geschafft haben mit der bürgerlichen Mehrheit.

Sie bezeichnen sich einmal als Ur-Kleinbaslerin – gibt es den nach 20 Jahren im Baselbiet ländliche Elemente, die sie in die Stadt zurücknahmen? Es hat sich ein wenig gedreht. Früher sagte ich, ich sei im Oberbaselbiet heimisch geworden und trage das Kleinbasler Herz noch in mir.

Wie sehen Sie die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Basler Regierung? Die rot-grüne Mehrheit besteht zwar nicht mehr, aber es gab auch keinen Wechsel zu einer bürgerlichen Mehrheit. Dazu gibt es weniger Erfahrung. Ich sehe das wirklich als Chance. Es gab einen Generationenwechsel und damit auch einen Erfahrungsverlust. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns schnell finden, einen Weg definieren und konstruktiv zusammenarbeiten. Es wird spannend sein. In der Wahrnehmung sieht es nach Patt aus. Esther Keller wird sicherlich zeigen müssen, wo sie steht. Es kann aber auch nicht sein, dass man dann bei jedem Dossier an ihr «ziehen» muss und alle Entscheide mit 4:3 fallen. Rein politisch bedauere ich, dass wir es nicht geschafft haben mit der bürgerlichen Mehrheit.

Sie bezeichnen sich einmal als Ur-Kleinbaslerin – gibt es den nach 20 Jahren im Baselbiet ländliche Elemente, die sie in die Stadt zurücknahmen? Es hat sich ein wenig gedreht. Früher sagte ich, ich sei im Oberbaselbiet heimisch geworden und trage das Kleinbasler Herz noch in mir.

Wie sehen Sie die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Basler Regierung? Die rot-grüne Mehrheit besteht zwar nicht mehr, aber es gab auch keinen Wechsel zu einer bürgerlichen Mehrheit. Dazu gibt es weniger Erfahrung. Ich sehe das wirklich als Chance. Es gab einen Generationenwechsel und damit auch einen Erfahrungsverlust. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns schnell finden, einen Weg definieren und konstruktiv zusammenarbeiten. Es wird spannend sein. In der Wahrnehmung sieht es nach Patt aus. Esther Keller wird sicherlich zeigen müssen, wo sie steht. Es kann aber auch nicht sein, dass man dann bei jedem Dossier an ihr «ziehen» muss und alle Entscheide mit 4:3 fallen. Rein politisch bedauere ich, dass wir es nicht geschafft haben mit der bürgerlichen Mehrheit.



Stephanie Eymann leitet künftig das Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt.

Bild: Herr

cherlich etwas Ursachenforschung. Was ist die mediale Wahrnehmung, was ist systembedingt, dass meist der Departementsvorsteher bei operativen Angelegenheiten im Schaufenster steht? Für mich ist es sicherlich noch zu früh, dies zu beurteilen.

«AUTHENTIZITÄT BEWÄHRT SICH AUF LANGE ZEIT AM BESTEN. ICH VERBIEGE MICH NICHT, DIESEM GRUNDSATZ WERDE ICH TREU BLEIBEN.»

Im Wahlkampf nahm man Sie als offene Person wahr, die auch Unbequemes aussprach und authentisch wirkte. Werden Sie sich das im «magistralen» Amt erhalten? Ich habe das schon vor, ja. Authentizität bewährt sich auf lange Zeit am besten. Ich verbiege mich nicht, diesem Grundsatz werde ich treu bleiben. Man hat mich ja auch gewählt, weil ich so bin. Wenn ich jetzt eine 180-Grad-Wendung mache, werden die Leute kein gutes Gefühl haben. Und was heisst heute magistral? Früher war ein Regierungsrat womöglich etwas unnahbarer, aber das hat sich geändert. Ich möchte meinen Humor nicht verlieren und auch einmal einen Spruch machen. Was nicht heisst, dass nicht gegenseitiger Respekt da sein muss.

Wie sehen Sie die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Basler Regierung? Die rot-grüne Mehrheit besteht zwar nicht mehr, aber es gab auch keinen Wechsel zu einer bürgerlichen Mehrheit. Dazu gibt es weniger Erfahrung. Ich sehe das wirklich als Chance. Es gab einen Generationenwechsel und damit auch einen Erfahrungsverlust. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns schnell finden, einen Weg definieren und konstruktiv zusammenarbeiten. Es wird spannend sein. In der Wahrnehmung sieht es nach Patt aus. Esther Keller wird sicherlich zeigen müssen, wo sie steht. Es kann aber auch nicht sein, dass man dann bei jedem Dossier an ihr «ziehen» muss und alle Entscheide mit 4:3 fallen. Rein politisch bedauere ich, dass wir es nicht geschafft haben mit der bürgerlichen Mehrheit.

Sie bezeichnen sich einmal als Ur-Kleinbaslerin – gibt es den nach 20 Jahren im Baselbiet ländliche Elemente, die sie in die Stadt zurücknahmen? Es hat sich ein wenig gedreht. Früher sagte ich, ich sei im Oberbaselbiet heimisch geworden und trage das Kleinbasler Herz noch in mir.

Jetzt ist es ein Zurückdenken an beschauliche, dörfliche Verhältnisse, an die Ruhe und an sonnige Stunden auf dem Belchen über dem Nebelmeer. Aber ich schätze auch die kurzen Wege in der Stadt. Mitgenommen habe ich den unbedingten Wunsch nach einer grossen Terrasse und das «Urban Gardening».

Im Wahlkampf nahm man Sie als offene Person wahr, die auch Unbequemes aussprach und authentisch wirkte. Werden Sie sich das im «magistralen» Amt erhalten? Ich habe das schon vor, ja. Authentizität bewährt sich auf lange Zeit am besten. Ich verbiege mich nicht, diesem Grundsatz werde ich treu bleiben. Man hat mich ja auch gewählt, weil ich so bin. Wenn ich jetzt eine 180-Grad-Wendung mache, werden die Leute kein gutes Gefühl haben. Und was heisst heute magistral? Früher war ein Regierungsrat womöglich etwas unnahbarer, aber das hat sich geändert. Ich möchte meinen Humor nicht verlieren und auch einmal einen Spruch machen. Was nicht heisst, dass nicht gegenseitiger Respekt da sein muss.

Im Wahlkampf nahm man Sie als offene Person wahr, die auch Unbequemes aussprach und authentisch wirkte. Werden Sie sich das im «magistralen» Amt erhalten? Ich habe das schon vor, ja. Authentizität bewährt sich auf lange Zeit am besten. Ich verbiege mich nicht, diesem Grundsatz werde ich treu bleiben. Man hat mich ja auch gewählt, weil ich so bin. Wenn ich jetzt eine 180-Grad-Wendung mache, werden die Leute kein gutes Gefühl haben. Und was heisst heute magistral? Früher war ein Regierungsrat womöglich etwas unnahbarer, aber das hat sich geändert. Ich möchte meinen Humor nicht verlieren und auch einmal einen Spruch machen. Was nicht heisst, dass nicht gegenseitiger Respekt da sein muss.

ZUR PERSON

Stephanie Eymann, 41, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Basel, doktorierte anschliessend und schloss 2012 ihr Anwaltsexamen im Kanton Basel-Landschaft ab. Danach arbeitete sie als Staatsanwältin und übernahm 2017 die Leitung der Verkehrspolizei Basel-Landschaft. Ab 2011 leitete sie im Gemeinderat Eptingen die Bereiche Bauwesen, Sicherheit und Kultur. In der FDP Basel-Landschaft, für die sie 2011 auch für den Landrat kandidierte, gehörte sie der Parteileitung an. Nach ihrer Rückkehr ins Kleinbasel Mitte 2019 trat die Mutter einer er-

Was haben Sie sich sonst vorgenommen für Ihre neue Berufung ab dem 3. Februar 2021?

Ich bin immer gut gefahren damit, nicht zu kommen und zu sagen, «so und so läuft das ab jetzt». Es hängt vieles von den Menschen im Departement ab. Ich möchte alle kennenlernen und dann gemeinsam Strategien entwickeln. Im Moment habe ich noch den Aussenblick, ich will mir möglichst viel Wissen aneignen.

Mit Ihrem hälftig auf Stadt und Land aufgeteilten Leben sind Sie ja prädestiniert für das Thema der bikantonalen Zusammenarbeit ...

Ich hatte viele Berührungspunkte mit der Baslbieter Politik und kenne dort alle Regierungsräte, zwei von ihnen waren meine Chefs. Es kann im Dialog etwas bringen, wenn man den Partner kennt und ihn auch als solchen wahrnimmt. Es gab eisige Stimmungen zwischen beiden Kantonen, um diese zu verhindern, braucht es einen steten Austausch. Diesen kann man noch intensivieren, und ich kann als «Übersetzerin» mithelfen, die unterschiedlichen Ansichten zu verstehen. Interview: Daniel Schaub

wachsenen Tochter der LDP Basel-Stadt bei, in der schon ihr Vater **Felix Eymann**, ihr Onkel **Christoph Eymann** und dessen ehemalige Partnerin **Patricia von Falkenstein**, die Präsidentin der LDP, politisiert. Bei den Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat Basel-Stadt im Herbst 2020 wurde sie im zweiten Wahlgang mit dem Bestresultat gewählt. Schon im ersten Wahlgang hatte sie mit einem starken Resultat aufgewartet und das absolute Mehr um lediglich 79 Stimmen verpasst. Ab 3. Februar 2021 wird sie innerhalb der Basler Regierung das Justiz- und Sicherheitsdepartement leiten. (ds)

GROSSE NACHFRAGE – Von vergangenem Mai bis Dezember haben 1445 Wohneigentümerinnen und -eigentümer beim Baselbieter Energiepaket ein Fördergesuch eingereicht. Das sind rund 35 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahrs.

«Neues» Energiepaket erfolgreich gestartet

Das per Mai 2020 neu lancierte Baselbieter Energiepaket stösst auf eine erfreulich grosse Nachfrage. Dies belegen die aktuellen Zahlen: Zwischen Mai und Dezember 2020 haben 1445 Wohneigentümerinnen und -eigentümer Energiepaket-Fördergesuche eingereicht. Dies entspricht einer Zunahme von rund 35 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr.

Das ursprünglich bis 2019 geplante Baselbieter Energiepaket hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem tragenden Element der Baselbieter Energiepolitik entwickelt. Um eine nahtlose Weiterführung dieses Erfolgsmodells zu garantieren, wurde das auf Freiwilligkeit und Anreize basierende Energiepaket bis Ende 2025 verlängert.

Förderbeiträge deutlich erhöht

Eine wesentliche Neuerung sind die für praktisch sämtliche Massnahmen deutlich erhöhten Beitragssätze. «Mit der Erhöhung der Sätze werden die Anreize für energetische Sanierungen und erneuerbare Energien im Gebäudebereich weiter verstärkt», sagt der Baselbieter Regierungsrat **Isaac Reber**.

Mit den stark erhöhten Beiträgen wird insbesondere der Ersatz von fossilen Heizungen durch erneuerbare Heizsysteme unterstützt. Im

Baselbiet sind aktuell noch rund 48000 fossile Heizungen in Betrieb, 27000 davon müssen altersbedingt in den kommenden Jahren ersetzt werden. «Erneuerbare Heizsysteme sind im Betrieb in der Regel mehr als wettbewerbsfähig, in der Anschaffung jedoch oftmals noch teurer als fossile Heizungen. Mit dem Baselbieter Energiepaket möchten wir den Wechsel jetzt forcieren und unterstützen neu ihren Ersatz durch Wärmepumpen», so Reber.

Verlängerung: richtig und wichtig

Die Verlängerung des Baselbieter Energiepakets bis Ende 2025 ist an-

AMBITIONIERTES ZIEL

Mit dem Energiepaket sollen die nationalen und kantonalen Energieziele mit Fokus auf den Gebäudebereich umgesetzt werden. Das Ziel ist ambitioniert: Bis 2050 soll die Schweiz klimaneutral sein. Einen Grossteil davon muss der Gebäudepark beitragen, der in der Hoheit der Kantone ist. Finanziert wird das Baselbieter Energiepaket durch kantonale Mittel sowie durch Bundesmittel, die aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen stammen. (dl)

gesichts seiner bisherigen Erfolgsbilanz richtig und wichtig. Dank des Energiepakets beläuft sich die seit 2010 eingesparte oder erneuerbar produzierte Energie auf durchschnittlich 525 GWh pro Jahr. Dies entspricht rund 15 Prozent des jährlichen Raumwärmebedarfs im Kanton Basel-Landschaft und damit dem Energiegehalt von rund 800 Bahnwaggons gefüllt mit Heizöl. Seit dem Start des Baselbieter Energiepakets wurden Investitionen in der Höhe von insgesamt 900 Millionen Franken ausgelöst. Diese Investitionen kommen zu einem grossen Teil den Baselbieter KMU zugute. Die beeindruckenden Zahlen wurden dank des freiwilligen Engagements der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer möglich. Sie sind es, die einen grossen Teil der Investitionen selber tragen. Für Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer ist das Energiepaket ein wichtiger Anreiz, um die energetischen Massnahmen an die Hand zu nehmen.

Wichtige Partnerschaft

Zum nachhaltigen Erfolg des Baselbieter Energiepakets trägt auch die starke Partnerschaft des Kantons mit der Wirtschaftskammer Baselland, dem Hauseigentümerversand Baselland (HEV BL), der BLKB sowie den beiden grossen Baselbieter Energie-



Das Baselbieter Energiepaket hat sich zu einem tragenden Element der Baselbieter Energiepolitik entwickelt. Bild: Archiv

versorgungsunternehmen EBL und Primeo Energie bei.

«Dank dieser Partnerschaft können wir über ganz unterschiedliche Kanäle viele relevante Anspruchs-

gruppen erreichen und damit die Chancen verbessern, unsere gemeinsamen Ziele bei der Gebäudemodernisierung zu erreichen», sagt Regierungsrat Reber. *Simon Dalhäuser*

ANZEIGE

Anzeigenpreise 2021



Auch im 2021 bietet der **Standpunkt der Wirtschaft** insgesamt 19 Mal Aktuelles aus der Wirtschaft, den Berufs- und Gewerbeverbänden und der Politik. Expertenbeiträge zu aktuellen Themen sowie Tipps, Meinungen und Informationen zu Netzwerk- und Weiterbildungsveranstaltungen.

Werbung und Publireportagen im **Standpunkt der Wirtschaft** finden Aufmerksamkeit bei Firmenkunden und wirtschaftspolitisch engagierten Personen. Mit einer Auflage von rund **35'000 Exemplaren** im Baselbiet und Umgebung zählt der Standpunkt der Wirtschaft zu den grössten Zeitungen der Region.

Ob mit Anzeigen, einer Publireportage, mit MemoSticks, als Prospektbeilage oder mit Ihrem Eintrag im «Firmenregister / Nützliche Adressen»: Der Standpunkt der Wirtschaft ist das richtige Organ, wenn Sie Firmenkunden ansprechen möchten.

Erscheinungsdaten

- 22. Januar
- 5. Februar
- 19. Februar
- 5. März
- 19. März
- 9. April
- 23. April
- 12. Mai
- 4. Juni
- 18. Juni
- 13. August
- 3. September
- 17. September
- 1. Oktober
- 22. Oktober
- 5. November
- 19. November
- 10. Dezember

Inserateschluss

- 14. Januar
- 28. Januar
- 11. Februar
- 24. Februar
- 11. März
- 1. April
- 15. April
- 4. Mai
- 26. Mai
- 10. Juni
- 24. Juni
- 28. Juli
- 28. August
- 9. September
- 23. September
- 14. Oktober
- 28. Oktober
- 11. November
- 2. Dezember

Formate-Seitenteile		Inserat	Publireportage
1/4 Seite	291 x 438 mm	CHF 6'550.-	5'240.-
2/3 Seite	291 x 288 mm	CHF 4'400.-	3'520.-
1/2 Seite	quer 291 x 218 mm	CHF 3'300.-	2'640.-
1/3 Seite	hoch 143 x 438 mm	CHF 2'250.-	1'800.-
	hoch 143 x 288 mm		
1/4 Seite	quer 291 x 108 mm	CHF 1'680.-	1'340.-
	hoch 143 x 218 mm		
1/8 Seite	quer 291 x 53 mm	CHF 850.-	-
	hoch 143 x 108 mm		
1/16 Seite	quer 143 x 53 mm	CHF 440.-	-
	hoch 70 x 108 mm		

Register-Einträge in 30 Standpunkt-Ausgaben in Folge
Üblicherweise erscheint das Firmenregister in jeder Ausgabe. Ausnahmen sind möglich.

Firmeneintrag unter „nützliche Adressen“ nach Branchen rubriziert		
3 Zeilen à je 28 Zeichen Firma + Telefon fett	CHF	750.-
Jede weitere Zeile mit je 28 Zeichen	CHF	150.-
2. Eintrag mit 3 Zeilen Firma + Telefon fett	CHF	500.-
Logo zum Register-Eintrag, H x B, 12 mm x 54 mm	CHF	600.-

20% Rabatt auf dem
Nettopreis für Mitglieder der
WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

Ihre Anfragen und Aufträge richten Sie bitte an:

Erika Sprecher
Haus der Wirtschaft
Anzeigenservice Standpunkt
Tel. direkt: +41 61 927 65 38
dispo@standpunkt.ch



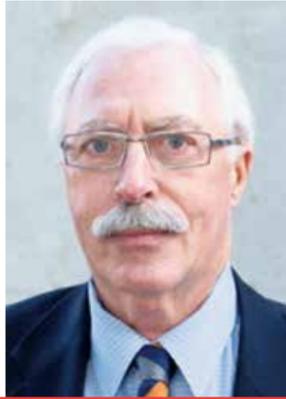
POLIT-KOLUMNE

Das lästige Ständemehr gehört zum Bundesfundament

Was 1848 mit der ersten Bundesverfassung zur Festigung des Friedens im Schweizer Bundesstaat ausgehandelt wurde, um die Vernarbung der Sonderbundsverletzungen zu begünstigen, steht noch heute in der zweimal überarbeiteten (revidierten) Bundesverfassung vom 18. April 1999: Das doppelte Mehr als Voraussetzung für die Gültigkeit von Verfassungsänderungen und obligatorischen Referenden. Dieses Ständemehr wird in Artikel 142 so umschrieben: «Die Vorlagen, die Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden, sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmen und die Mehrheit der Stände (26 Kantone; 6 davon mit halber Ständestimme) sich dafür aussprechen. Das Ergebnis der Volksabstimmung im Kanton gilt als Ständestimme. Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden haben je eine halbe Ständestimme.»

Alles klar? Eigentlich schon, wenn man nicht zu den Abstimmungsverlierern gehört wie am 29. November 2020 die Mehrheit der Befürworter der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzern-Verantwortungsinitiative). Sie stehen trotz 50,73 Prozent Ja-Stimmen beim schweizerischen Gesamtergebnis als Unterlegene da, weil zwölf ganze und fünf halbe Ständestimmen aus dem Nein-Lager kamen. (Basel-Stadt befand sich bei den Befürwortern.) Das doppelte Mehr wurde also verfehlt. Nebst enttäuschten bis gehässigen Reaktionen zur Wirkung des Ständemehrs las man in der «NZZ» anderntags die Warnung: «Vorerst gilt: Hände weg vom Ständemehr.»

Inzwischen dürften sich Kritiker und Gegner des Doppelmehrs etwas beruhigt haben. Und wenns nur wäre, weil die schweizerische Zählweise absolut kein «Unikum» ist. Australien kennt wie die Schweiz das doppelte Mehr bei Verfassungsabstimmungen. Wegen des faktischen Zweiparteiensystems wird das etwa jeder zehnten Vorlage zum Verhängnis. Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen können das Volksmehr und das Mehr der Elektoren auseinandergehen, wie die Trump-Wahl 2016 zeigte. Bisher unterlagen so fünf Präsidenten in der Volkswahl. Die Philippinen haben ein richtiges Bollwerk gegen die «Gefahr



«DAS STÄNDEMHR VERLEIHT DEM VIELGESTALTIGEN UND FÖRDERALISTISCH ORGANISIERTEN BUNDESSTAAT GRÖSSTMÖGLICHE POLITISCHE STABILITÄT.»

Peter Amstutz*

des Volkswillens» gebaut. Bereits bei der Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative müssen 12 Prozent der Stimmberechtigten plus 3 Prozent aus allen 243 Wahlkreisen (Quelle: Bruno Kaufmann) unterschrieben haben.

Der Blick zurück auf die Kernfrage, wie oft hierzulande das Ständemehr im Widerspruch zum Volksmehr stand, müsste ebenfalls mässigend wirken. Seit 1891 (Einführung der Volksinitiative) wurden 481 solche Begehren lanciert. Ganze zwei scheiterten trotz zustimmendem Volksmehr am nicht erreichten Ständemehr: 1955 eine Mieterinitiative und 2020 nun die Konzernverantwortungsinitiative.

Mehr als diese magere «Erfolgsbilanz» trägt aber ein unangeregter Blick in die Bundesstaatsgeschichte zum Verständnis des doppelten Mehrs bei. Das Ständemehr ist ein Produkt des hausinternen Minderheitenschutzes. Es ging

den Verfassungsvätern darum, die katholisch-konservativen Kleinkantone der Deutschschweiz nach deren Niederlage im Sonderbunds-Bürgerkrieg (3. bis 29. November 1847) glaubwürdig und dauerhaft vor der Macht der radikalen (heute: freisinnigen) Siegerkantone zu schützen. Das erreichte man 1848 mit der ersten Bundesverfassung, indem man jedem Kanton – ungeachtet seiner Grösse – für das innere Gleichgewicht des Bundes je eine Stimme zugestand, den Halbkantonen je eine halbe.

Die Stimme eines Appenzell Innerrhoders wiege beim Ständemehr 40 mal mehr als die einer Zürcherin. (Eine Baselbieter Stimme ist 2,2 mal mehr «wert».) Genau in dieser gewollten Differenzierung liegt die Qualität des Ständemehrs. Sie verleiht dem vielgestaltigen und föderalistisch organisierten Bundesstaat grösstmögliche politische Stabilität.

Das Ständemehr gehört zum Bundesfundament. Das Ständemehr leistet wertvolle Hilfe zum vernünftigen Umgang miteinander, weil es allein durch sein Vorhandensein mässigend wirkt. Mit Blick auf das Kräftemessen an der Urne gilt es darum zu beachten, dass ohne Mehrheit der Stände kein Erfolg möglich ist.

Das ist als gut und massgeschneidert richtig für die Schweiz breit akzeptiert, wie jüngste Meinungsumfragen sowie Nationalratsentscheide von 1995 und 2003 zeigen. Der föderalistische Bundesstaat wird immer urbaner, Grosskantone mit ihren städtischen Zentren spiegeln diese Entwicklung am deutlichsten. Umso wichtiger bleibt im politischen Ringen um den richtigen Kurs in die Zukunft das Ständemehr, weil es den Stimmberechtigten in Kleinkantonen und ländlichen Regionen die Gewissheit gibt, auf Augenhöhe mit allen andern in die Willensbildung eingebunden zu sein.

*Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

SOCIAL-MEDIA-POST DER WOCHE



gedruckt in der
schweiz
www.printed-in-switzerland.com

RATGEBER RECHT – Grössere Unternehmen müssen neu bei der Besetzung ihrer Leitungsgremien verstärkt auf die Geschlechter Rücksicht nehmen. Bei mehr als 100 Mitarbeitenden ist eine Lohngleichheitsanalyse Pflicht.

Geschlechterspezifische Neuerungen für Unternehmen

Auf den Jahresbeginn sind neue Gesetze in Kraft getreten, die für Unternehmen von Belang sind. Neben dem Vaterschaftsurlaub, gemäss dem erwerbstätige Väter Anspruch auf einen bezahlten zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub haben, gelten neu auch Geschlechterrichtwerte in den Leitungsgremien von börsenkotierten und grösseren Unternehmen. Als grössere Unternehmen gelten solche, die über mehr als 250 Vollzeitstellen verfügen und neben einer Bilanzsumme von 20 Millionen Franken einen Umsatzerlös von mindestens 40 Millionen erreichen.

Geschlechterrichtwerte

Unternehmen, welche diese Voraussetzung erfüllen, müssen künftig berücksichtigen, dass jedes Geschlecht mindestens zu 30 Prozent im Verwaltungsrat und zu 20 Prozent in der Geschäftsleitung vertreten ist. Dabei handelt es sich um Richtwerte, welche im Falle der Besetzung des Verwaltungsrates innert der nächsten fünf Jahre und für die Geschäftsleitung innert zehn Jahren nach Inkrafttreten des neuen Rechts umgesetzt sein müssen. Sollten diese Richtwerte nicht eingehalten werden, muss das Unternehmen im Ver-

gütungsbericht an die Aktionäre die Gründe angeben und Massnahmen zur Förderung des weniger stark vertretenen Geschlechts darlegen.

Lohngleichheitsanalyse

Bereits auf den 1. Juli 2020 traten eine Revision des Gleichstellungsgesetzes und die Verordnung über die Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse in Kraft. Neu werden Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten verpflichtet, mittels einer betriebsinternen Analyse die Lohngleichheit zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu prüfen. Diese Analyse erfolgt in mehreren Etappen und sollte spätestens Ende Juni 2023 abgeschlossen sein. Der erste Schritt (betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse) hat dabei bis am 30. Juni 2021 zu erfolgen. Bis spätestens am 30. Juni 2022 muss diese Analyse überprüft sein. Spätestens am 30. Juni 2023 müssen die Arbeitnehmenden und die Aktionäre über das Ergebnis der Analyse informiert werden.

Der Beschäftigungsgrad ist unerheblich. Lernende werden jedoch in die Berechnung nicht einbezogen. Ebenso gelten Personen, die selbstständig Arbeitsleistungen erbringen, nicht zu den Arbeitnehmenden im

Rahmen dieser Bestimmungen. Ausgenommen von der Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse sind weiter Arbeitgebende, die bereits von Gesetzes wegen einer Kontrolle über die Einhaltung der Lohngleichheit unterliegen.

Keine unmittelbare Sanktion

Ein Verstoß gegen das revidierte Gleichstellungsgesetz über die Lohngleichheitsanalyse respektive eine im Rahmen einer solchen Analyse festgestellte Lohndiskriminierung ziehen keine unmittelbaren Sanktionen für das Unternehmen nach sich. Einem Unternehmen sollte aber bewusst sein, dass von einer Lohndiskriminierung betroffene Arbeitnehmende mit Lohndiskriminierungsklagen gegen das Unternehmen beziehungsweise gegen den Arbeitgeber vorgehen können. Es wird empfohlen, die Lohngleichheitsanalyse mit dem Standard-Analyse-Tool «Logib» zeitnah und regelmässig durchzuführen, die Ergebnisse im HR-Cockpit-Kennzahlensystem zu führen und bei Bedarf Rücksprache mit einem Spezialisten zu nehmen. Es muss sichergestellt werden, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

LEGAL-TEAM



David Hug, LL.M., ist Rechtsanwalt und Partner in der Kanzlei Wagner Prazeller Hug. Er ist Mitglied des Legal-Teams der Wirtschaftskammer Baselland. Das Legal-Team steht den Mitgliedern der Wirtschaftskammer für Auskünfte zur Verfügung:

Wirtschaftskammer Baselland
Abteilung Verbandsmanagement & KMU-Dienstleistungen
Haus der Wirtschaft
Hardstrasse 1
4133 Pratteln
Telefon: 061 927 65 11
Telefon (Zentrale): 061 927 64 64

Bauunternehmen



Rofra Bau AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94

Bedachungen/Zimmerei/Spenglerei

Ritter Bedachungen und Zimmerei
Geissbrunnen 51, 4457 Diegten
www.ritter-bedachungen.ch
061 971 57 23

Beratung/Coaching

www.adlatus-nordwestschweiz.ch
Für KMU: Strategie, Marketing,
Finanzen, Nachfolge, Startup,
Interim-/Projekt-Management
078 842 40 08

Bodenbeläge



Glatt & Fankhauser AG
Oristalstrasse 85, 4410 Liestal
info@glattfankhauser.ch/www.glattfankhauser.ch
061 921 94 35

Brandschutz

Schreinerei Schneider AG
Wannenweg 6
4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Briefkästen & Reparaturen

Fünfschilling AG
Binningen - Basel - Kaiseraugst
www.fuenfschilling.ch
061 426 91 41

Gerber-Vogt AG

Briefkästen, Paketboxen, Sonderanfertigungen
www.aludesign.ch, info@aludesign.ch
061 487 00 00

Digital-, Sieb-, Offset- und Textildruck



Druckerei Dietrich AG
Pfarrgasse 11, 4019 Basel
www.druckerei-dietrich.ch
061 061 639 90 39

Druckerei & Lettershop

DICAD GmbH
Ribigasse 5, 4434 Hölstein
www.dicad.ch, info@dicad.ch
061 953 00 22

Energieoptimierung

Ihr unabhängiger Strombroker
Renergy GmbH
4104 Oberwil
www.mr-renergy.ch
079 104 71 71

Fenster



Gerber-Vogt AG
Fenster- und Fassadenbau
www.gerber-vogt.ch
061 487 00 00

Schreinerei Schneider AG

Wannenweg 6, 4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Flachdach/Abdichtungen

A + B Flachdach AG
Reinach/Basel
www.abflachdach.ch
061 381 70 00

Garten & Umgebung

Frey-Gärten GmbH
Altbrunnweg 2, 4410 Liestal
www.frey-garten.ch
061 922 12 20

Gebäudetechnik



suissetec nordwestschweiz
Grammetstrasse 16, 4410 Liestal
www.suissetec-nws.ch
061 926 60 30

Grafik/Werbung

Grafik - massgeschneidert für KMU
Erwin Schönholzer, Grafik-Atelier
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal
info@esch.ch
061 927 65 25

Haushaltgeräte

M. Wagner & Co. AG
Schlossstrasse 21, 4133 Pratteln
www.wagnerhaushalt.ch
061 821 11 12

Immobilien Management



Rofra Immobilien AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94



SIGNUM AG - Rund um Immobilien
Hauptstrasse 50, 4102 Binningen
www.signum.ch
061 426 96 96

Informatik



SOWACOM «Your all-in-one IT-Partner»
Schönmattstrasse 4, 4153 Reinach
www.sowacom.ch
061 406 14 14

Integrationsfragen

Ausländerdienst Baselland
Bahnhofstrasse 16
4133 Pratteln
www.ald-bl.ch, info@ald-bl.ch
061 827 99 00

Internet/Telefonie

ImproWare AG - Breitband.ch
Zurlindenstrasse 29, 4133 Pratteln
www.breitband.ch
061 826 93 07

SOWACOM «Ihr Swisscom Gold-Partner»

Schönmattstrasse 4, 4153 Reinach
www.sowacom.ch
061 406 14 14

Parkettbeläge



Glatt & Fankhauser AG
Oristalstrasse 85, 4410 Liestal
info@glattfankhauser.ch/www.glattfankhauser.ch
061 921 94 35

Patent- und Markenanwälte

BOHEST AG
Holbeinstrasse 36-38, 4051 Basel
www.bohest.ch, mail@bohest.ch
061 295 57 00

Braunpat Braun Eder AG

Holestrasse 87, 4054 Basel
www.braunpat.ch, info@braunpat.ch
061 307 90 30

Reinigungsunternehmen

Huber Hausmanagement GmbH
Auweg 10, 4450 Sissach
www.huber-hausmanagement.ch
061 971 94 06



Top Clean
Reinigungen / Hauswartungen
Bottmingerstrasse 52, 4102 Binningen
www.top-clean.ch
061 422 11 50

Sanierung & Renovation



Rofra Baumanagement AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94

Sicherheitssysteme



bürgi.com AG
Waldeckstrasse 100, 4127 Birsfelden
www.buergicom.ch, info@buergicom.ch
+41 61 319 65 00

Schreinereien

Schreinerei Schneider AG
Wannenweg 6
4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Schwimmbad & Naturpool

Frey-Gärten GmbH
Altbrunnweg 2, 4410 Liestal
www.frey-garten.ch
061 922 12 20

Tore



Torbau Sissach
Sektionaltore & Klimatore
Schnellauftore
Brandschutzstore/-türen
www.torbau-sissach.ch
061 971 89 80

Transport & Logistik



Wir fahren, was Sie täglich brauchen!
Felix Transport AG
Talstrasse 47, 4144 Arlesheim
www.felixtransport.ch
061 766 10 10

Treuhand/Beratung

ARBEST Treuhand AG
AbschlussRevisionBeratungEvaluationSteuernTreuhand
Bahnhofstr. 64, 4313 Möhlin
www.arbest.ch, kontakt@arbest.ch
061 855 20 00

Treuhand/Revision

AGEBA TREUHAND AG
Hofackerstrasse 3a, 4132 Muttenz
www.ageba.ch, info@ageba.ch
061 467 96 66



BDO AG
Gestadeckplatz 2, 4410 Liestal
www.bdo.ch
061 927 87 00

BDO AG
Münchensteinerstr. 43, 4052 Basel
www.bdo.ch
061 317 37 77

BDO AG
Baselstrasse 160, 4242 Laufen
www.bdo.ch
061 766 90 60

Treuhand/Revision



Duttweiler Treuhand AG
Arisdörferstrasse 2, 4410 Liestal
www.duttweiler-treuhand.ch
061 927 97 11

ONLINE TREUHAND AG

Nenzlingerweg 5, 4153 Reinach
www.onlinetreuhand.ch
061 717 81 91



Ramseier Treuhand AG
Krummeneichstrasse 34,
4133 Pratteln, www.rta.ch
061 826 60 60



Testor Treuhand AG
Holbeinstrasse 48, 4002 Basel
www.testor.ch
061 205 45 45



TRETOR AG
Industriestrasse 7, 4410 Liestal
www.tretor.ch
061 926 83 83

TRETOR AG
Dornacherstrasse 230, 4053 Basel
www.tretor.ch
061 270 10 70

Treuhand Böhi
Schützenweg 3, 4102 Binningen
www.treuhandboehi.ch
076 507 07 67

Unternehmensberatung



Temporalis Consulting GmbH
Angensteinerstrasse 6, 4153 Reinach
www.temporalis-consulting.ch
061 751 86 90

Vermessung

Jermann Ing. + Geometer AG
Arlesheim, Liestal, Sissach, Zwingen
www.jermann-ag.ch
061 706 93 93

Versicherungen & Vorsorge



Die Mobiliar, 4147 Aesch
Generalagentur Stephan Hohl
www.mobiliaesch.ch
061 756 56 56

Weine und Destillate

Siebe Dupf Kellerei AG
Kasernenstrasse 25, 4410 Liestal
www.siebe-dupf.ch
061 921 13 33

POSITIONIEREN SIE IHRE KOMPETENZ - HIER WERDEN SIE GEFUNDEN!

Ihr Angebot richtet sich vorwiegend an Geschäftskunden, Firmeninhaber und dem Gewerbe zugewandte Personen? Dann sollte Ihr Firmeneintrag hier aufgeführt sein. Das Firmenregister erscheint in jeder der 19 Ausgaben pro Jahr mit einer Auflage von rund 35 000 Exemplaren. Ihr Eintrag unter der Rubrik Ihres Tätigkeitsbereichs erreicht regelmässig einige tausend Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik in der Nordwestschweiz.

Wirtschaftskammer Baselland
Anzeigenservice Standpunkt
Erika Sprecher
Tel. direkt +41 61 927 65 38
dispo@standpunkt.ch